

SÜDWIND

INSTITUT FÜR
ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE
südwind

INFOS

Nr. 26 • November 2004

Globales Spiel um Knopf und Kragen

Das Ende des Welttextilabkommens
verschärft soziale Spaltungen

Sabine Ferenschild
Ingeborg Wick

SÜDWIND-TEXTE 14

Ökumenisches Netz
April 2004 - März 2005

sdw

INHALT

Editorial: Es gibt Alternativen	3
SÜDWIND-Aktivitäten	
• Neue Broschüre: »Globales Spiel um Knopf und Kragen«	4
• OECD-Beschwerde gegen Adidas: Kampagne für saubere Kleidung zieht Bilanz	7
• Neue Studie: WestLB AG – Wegbereiter oder Schlusslicht?	8
• Erstmals erhält Mikrofinanz-Holding ein internationales Investment Grade Rating	10
• Armutsbekämpfung: Erfahrungen einer Projektreise nach Tansania und Äthiopien	11
• Armutsbekämpfung: Workshop und Konsultationen in Kamerun	14
• Armutsbekämpfung und politische Transition in der Demokratischen Republik Kongo	15
• Honduras: Armut, Wachstum und Ungleichheit	17
• Wasserkraft aus den Ingafällen: Große Potentiale für die Entwicklung der DRK und Afrikas	18
• Neues Papier: 60 Jahre nach der Bretton Woods-Konferenz	20
• Diverses in Kürze: KonfirmandInnenunterricht / Geld und Gewissen / Investing in Human Development / Französische Kongobroschüre / Veranstaltung mit attac / Rezensionen / Aktionswoche »Gerechtigkeit jetzt!« / Neue Dekadebände	20–22
• Tagung mit SÜDWIND-Beteiligung verfasst Aufruf: Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens	22
Aus dem Büro	
• SÜDWIND-Mitgliederversammlung 2004	24
• Geschäftsführer an Bord: Vom Gründungsimpuls zum Geschäftsführer	25
• SÜDWIND wirbt: Homepage, Faltblatt, Musterartikel, Folien etc.	26
• »Schnuppermitgliedschaft«: Verschenken Sie Mitgliedschaften	26
• Sonderangebot	26



Impressum

SÜDWIND-Infos werden herausgegeben von
SÜDWIND
Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60
53721 Siegburg
Telefon: 0 22 41 / 5 36 17 oder 6 78 01
Fax: 0 22 41 / 5 13 08
E-Mail: buero@suedwind-institut.de
Internet: www.suedwind-institut.de
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft Köln,
BLZ: 370 205 00, Kontonummer: 8 140 000
Redaktion: Friedel Hütz-Adams und Sarah Gecks
Layout: Frank Zander
Druck: KNOTENPUNKT, 56290 Buch/Hunsrück

Es gibt Alternativen

Die frühere englische Premierministerin Margaret Thatcher prägte den Begriff *TINA*, der für »There is no Alternative« (Es gibt keine Alternative) steht. Bezeichnet wurde damit eine Politik des Sozialabbaus, der Reformen, der wirtschaftlichen Liberalisierung und der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Für diese Maßnahmen gab es angeblich keine Alternative.

Wenn wir heute die weltweit propagierte Reformpolitik betrachten, so scheint sie überall von Frau Thatchers *TINA* beeinflusst zu sein. Auch unsere Regierung spricht davon, dass es keine Alternative zum »Umbau des Sozialstaates« und zur gegenwärtigen Reformpolitik gebe. Nach wie vor predigt der IWF weltweit die Liberalisierung der Wirtschaft und die Deregulierung als Allheilmittel für wirtschaftliche Entwicklung. Diese Politik ist geleitet vom Glauben an den sogenannten »trickle down-Effekt«. Dieser geht davon aus, dass der Wohlstand von allein zu den ärmeren Bevölkerungsschichten und Lohngruppen durchsickert, wenn es der Wirtschaft gut geht. Auch die Armen würden dann ein größeres Stück vom Kuchen abbekommen. Die vergangenen Krisen in hochverschuldeten Ländern, wie beispielsweise in Südostasien und jüngst in Argentinien, haben uns mit aller Deutlichkeit die negativen Auswirkungen der einseitigen neoliberalen Rezepte des IWF und der empfohlenen Strukturanpassungsprogramme vor Augen geführt. Weltweit geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Trotz der Umsetzung der empfohlenen Reformen sickert nichts durch.

SÜDWIND wird angesichts dieser Entwicklung mehr denn je an seinen Gründungsimpuls von 1991 erinnert, an die »Option für die Armen«. Seit einiger Zeit beschäftigen uns die Fragen nach dem weltweiten Wachstum der Folgekosten von Ungerechtigkeit und danach, welche wirtschaftliche Entwicklung zum Abbau von Armut beitragen kann. Gemeinsam mit unseren kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern im In- und Ausland suchen wir nach Alternativen, die es angesichts der Herausforderungen der Globalisierung für eine »Wirtschaft im Dienst des Lebens« gibt. Wir möchten dazu beitragen, dass diese Fragen in der Auseinandersetzung um die Auswirkungen der Globalisierung und in der gegenwärtigen

Reformdiskussion auf der Ebene der Gemeinden, in den Kirchen, in der Zivilgesellschaft und in der Politik gestellt und thematisiert werden. Über den Fortgang dieser Aktivitäten informieren, wie Sie im vorliegenden SÜDWIND-Info.

Wir freuen uns darüber, dass es gelungen ist, nach einer langen Phase der Vorbereitung, Uli Suppus als Geschäftsführer einzustellen, und bedanken uns bei allen, die dazu beigetragen haben, diesen Schritt möglich zu machen. Wir erhoffen uns davon eine weitere Professionalisierung und einen Beitrag, die Arbeit von SÜDWIND für die Zukunft auf sichere Beine zu stellen, und wünschen ihm für seine Tätigkeit alles Gute.

*Wilson Budde-Iser
1. Vorsitzender*



.....
Achtung:
Am 5.3.2005 findet
die nächste Mitgliederversammlung
im DOMFORUM in Köln statt.
.....

Neue Broschüre zum Ende des Welttextilabkommens:

Globales Spiel um Knopf und Kragen

Die Veröffentlichung der Broschüre »Globales Spiel um Knopf und Kragen: Das Ende des Welttextilabkommens verschärft soziale Spaltungen« des SÜDWIND Instituts und des Ökumenischen Netzes im Sommer 2004 konnte zeitlich kaum besser platziert sein. Ende 2004 läuft das Welttextilabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) aus. Ab 2005 werden die Mengenbeschränkungen (Quoten) wegfallen, die den internationalen Textil- und Bekleidungshandel in den letzten Jahrzehnten geprägt haben. Textil- und Bekleidungsexporte aus den Ländern der Dritten Welt und Osteuropas in die Industrieländer werden dann keinen mengenmäßigen Begrenzungen mehr unterliegen.

China und Indien werden gewinnen

Gegenwärtig spitzt sich die internationale Debatte um die Auswirkungen der vollständigen Liberalisierung des Weltmarkts für Textil und Bekleidung ab 2005 enorm zu: Vorstöße zahlreicher kleinerer Entwicklungsländer in Richtung einer Verlängerung des Quotensystems stoßen auf den entschiedenen Widerstand der Welthandelsorganisation (WTO), transnationaler Handelsunternehmen und vor allem derjenigen Dritte Welt-Staaten wie China und Indien, die auf große Exportsteigerungen ab 2005 hoffen. Im August 2004 legte die WTO eine neue Studie über Gewinner und Verlierer der Liberalisierung des Welttextilmarktes vor und wies den Vorschlag zurück, eine Dringlichkeitssitzung einzuberufen. Chinas außerordentliche Exportsteigerungen in den vergangenen Monaten bestätigen größte Befürchtungen über eine Verdrängung von Herstellern anderer Länder.

Alternativen werden benannt

Mit ihrer Broschüre wollen SÜDWIND und das Ökumenische Netz vor allem eine breitere Debatte über Handlungsalterna-

Textilproduktion bei ESPRIT Far East in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen in Südchina (Foto: Michael Kottmeier)



tiven anstoßen. Im Zentrum der entsprechenden Vorschläge in Kapitel 5 stehen die langfristigen Forderungen nach einem verbindlichen Gesetzesrahmen für Arbeits- und Sozialrechte sowie nach einer Stärkung von Frauenrechten. Bleibt die Strategiediskussion auf die öffentlich im Vordergrund stehenden Fragen wie die Verlängerung des Welttextilabkommens, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung von Marktzugängen beschränkt, würde der absehbaren verschärften weltweiten sozialen Polarisierung nicht der Boden entzogen. An die Adresse multinationaler Unternehmen richten die Herausgeber die Aufforderung, in unabhängigen Kontrolleinrichtungen im Rahmen ihrer globalen sozialen Rechenschaftspflicht mitzuarbeiten und Hilfsfonds für die Hunderttausende von Entlassung bedrohte ArbeiterInnen in den einzelnen Produktionsländern von Textilien und Bekleidung mitzufinanzieren.

Broschüre auf Englisch für internationale Arbeit

Parallel zu der Veröffentlichung haben die Herausgeber mit einer intensiven Medien- und Bewußtseinsarbeit begonnen – mit ersten Erfolgen, wie z.B. ein ganzseitiger Artikel der Tageszeitung (taz) zu dem Thema am 4.8.04 zeigt. Am 7. Oktober fand eine MultiplikatorInnenschulung für Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NRO) statt, auf der die

Vorschläge der Broschüre zur Diskussion gestellt wurden. Für 2005 wird z.Zt. eine größere Tagung in Zusammenarbeit mit der IG Metall erörtert. Auf internationaler Ebene hat SÜDWIND-Mitarbeiterin Ingeborg Wick in Zusammenarbeit mit der Friedrich Ebert Stiftung und dem Sustainable Development Policy Institute in Islamabad Schulungen für Gewerkschaften und NROs aus Indonesien, Kambodscha, Malaysia, Philippinen, Thailand und Pakistan durchgeführt. Erleichtert wird die internationale Arbeit zum Thema »Welttextilabkommen« durch die englische Übersetzung der Broschüre, die auf der SÜDWIND-Homepage kostenlos abrufbar ist. Eine spanische Übersetzung für die Diskussion in Mittelamerika ist zur Zeit in Arbeit.

SÜDWIND und das Ökumenische Netz sind der IG Metall, der Vereinten Evangelischen Mission und der Friedrich Ebert

Stiftung für ihre großzügige finanzielle Unterstützung bei der Erstellung und Übersetzung der Broschüre dankbar.

Musterartikel lieferbar

SÜDWIND und das Ökumenische Netz würden sich freuen, wenn Interessierte sich an der Verbreitung der Broschüre und den Debatten ihrer Inhalte und Vorschläge beteiligen würden. Musterartikel zum Abdruck in Zeitschriften und Medien, zu denen sie Zugang haben, können auf Nachfrage gerne zugesandt werden. Eine Ausgabe der Reihe »epd-3.Welt-Informati-on« zum Thema »Welttextilabkommen« (Erscheinungsdatum Januar 2005) ist in Arbeit.

Ingeborg Wick

Wir dokumentieren im Folgenden die Einleitung der Broschüre:



Jedes Spiel braucht Regeln. Doch anders als in der Spielwelt, die allen MitspielerInnen gleiche Startbedingungen gewährt, läuft in der realen Welt der Wettstreit im internationalen Geschäft mit Textilien ab. Hier haben vor allem die Global Players, die international tätigen Handelsunternehmen und Markenfirmen, die Trumpfkarten in der Hand. Auf dem Weltmarkt für Textil und Bekleidung sind Gewinne und Verluste extrem schlecht verteilt. »Die Textil- und Bekleidungsbranche gehört zu den Sektoren, in denen sich die Frage der gerechten Verteilung der Gewinne aus Handel und Globalisierung besonders akut stellt«, betonte EU-Handelskommissar Pascal Lamy im Vorfeld der Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im mexikanischen Cancún im Herbst 2003.

Diese Äußerung kommt nicht von ungefähr, werden doch ab Anfang 2005 mit dem Beginn des »Freihandels« im Textil- und Bekleidungsbereich die Karten neu gemischt. Nach einer zehnjährigen Übergangsfrist läuft am 31.12.04 das Welttextilabkommen der WTO aus. Die neuen Spielregeln betreffen eine Vielzahl von Ländern, Unternehmen und Beschäftigten.

Wenn sich das Ringen um die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder und Industrien zur Zeit auch zuspitzt, so ziehen und zerrn doch schon seit Jahrzehnten die unterschiedlichsten, zum Teil konkurrierenden Interessensgruppen am Textil- und Bekleidungshandel und versuchen, Einfluss auf seine Regeln zu nehmen:

- Die Unternehmer im Süden und Osten suchen vor allem in den industrialisierten Ländern nach Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte.
- Die Unternehmer im Norden bauen Arbeitsplätze zugunsten kapitalintensiverer Produktion hier oder billigerer Standorte im Süden und / oder Osten massiv ab. Gleichzeitig fordern sie staatlichen Schutz für gefährdete Unternehmensbereiche, die sie bei »geeigneten« Rahmenbedingungen durchaus im Norden belassen wollen.

- Die großen Handelsunternehmen und Markenfirmen, die Global Players in diesem Spiel, teilen in einem zunehmenden Verdrängungswettbewerb den Bekleidungsmarkt unter Ausnutzung der jeweils für sie günstigsten Regeln unter sich auf.
- Die Staaten im Süden wie im Norden funktionalisieren die Textil- und Bekleidungsindustrie seit Jahrzehnten für ihre jeweiligen Entwicklungs- und Politikstrategien.

Die vielen Millionen – überwiegend weiblichen – ArbeitnehmerInnen weltweit, die ihren Arbeitsplatz erhalten, verbessern oder überhaupt erst einen finden wollen, sind diesen Interessenkonflikten in der Regel relativ machtlos ausgeliefert. Zwar bietet ihnen dieses »Spiel um Knopf und Kragen« auch Vorteile (wie z.B. rasantes Beschäftigungswachstum in südlichen Ländern), doch gehen diese einher mit zunehmenden Nachteilen (Überausbeutung, Informalisierung, Arbeitslosigkeit etc.) – gekoppelt mit mangelndem Einfluss auf die Regeln des Spiels.

*ArbeiterInnen/Sicherheitskräfte bei Megasari/Indonesien
(Foto: Harald Klöpffer)*



Für alle, die sich mit dem Prozess der neoliberalen Globalisierung beschäftigen, müsste die globale Textil- und Bekleidungsproduktion geradezu ein Paradebeispiel für die Widersprüchlichkeiten dieses Prozesses sein:

- Einerseits ist die Textil- und Bekleidungsindustrie (TBI) die Vorreiterin der globalen Produktion und mittlerweile »grenzenloser«, weil geographisch verstreuter, als jeder andere Industriezweig; andererseits ist sie die einzige Industrie, für die ein eigenes **begrenzendes** internationales Handels-Regelwerk seit Jahrzehnten existiert. Sie steht exemplarisch dafür, dass **Freihandel** keine allgemeingültige Forderung der führenden Handelsmächte ist, sondern in deren wettbewerbsschwachen Sektoren von **protektionistischen Maßnahmen** überlagert wird.
- Sie ist einerseits gegen den herrschenden Trend der Rationalisierung sozusagen ein **Beschäftigungswunder** (vor allem im Süden und in Osteuropa), das offiziell 23,6 Millionen ArbeiterInnen weltweit beschäftigt, zu denen 5–10 mal so viele informell Beschäftigte hinzukommen (ILO 1996). Andererseits ist dieses Beschäftigungswunder zugleich ein negatives Wunder an **Verschlechterung der Arbeitsbedingungen** – an einem sozialen Wettlauf nach unten, der den Begriff der »Ausbeutung« noch zu übertreffen scheint.
- Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist einerseits die »Frauenindustrie« schlechthin, da sie zu ca. 80–90% Frauen und Mädchen beschäftigt. Damit bietet sie die Chance zu individuellen Erwerbsmöglichkeiten und Lebenssicherung. Andererseits baut die Wachstumsstrategie dieser Industrie auf der **gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen** und ihrer deshalb vorhandenen größeren Bereitschaft zu gering qualifizierten, gering bezahlten und häufig informellen Beschäftigungen. Kein Wunder also, dass bisher der Zugewinn an Arbeitsplätzen nicht mit einem Gewinn an gesellschaftlichem Ansehen und Eigenständigkeit von Frauen einherging.
- Sie ist einerseits die ideale »Einstiegs«-**Exportindustrie** (einfache Technologien, nur geringe Anforderungen an den Ausbildungsstand der ArbeiterInnen und geringe Kapitalintensität), vom Norden den armen Ländern als geeignete Modernisierungsstrategie empfohlen; andererseits führt sie – wie die anderen exportorientierten Bereiche – zur **Vernachlässigung der Binnenentwicklung** und zur Degradierung der eigenen Bevölkerung zum billigen Arbeitskräftereservoir der reichen Länder.
- Die Verwandlung immer weiterer Länder in Textil- und Bekleidungsproduzenten führte über Jahrzehnte zu einem bedeutenden **Wachstum** in der Textil- und Bekleidungsproduktion. Dieses Wachstum trug zu **Überproduktion und Übersättigung** der drei Hauptmärkte USA, EU und Japan bei, während weltweit Menschen nur ungenügend mit Bekleidung versorgt sind. Die Beschleunigung der Modazyklen dient als Instrument, trotz Übersättigung die

wichtigsten Märkte aufnahmefähig für Bekleidung und damit rentabel zu halten.

Wen wundert es angesichts dieser konkurrierenden Interessen, dass die TBI zum internationalen politischen Spielball wurde und es immer noch ist? Mit zahlreichen internationalen Handelsabkommen suchten die hochindustrialisierten Staaten in den letzten Jahrzehnten, ihre Standorte vor der »Billigkonkurrenz« aus dem Süden zu schützen – obwohl parallel die gleichen Staaten Freihandel und weltweite Liberalisierung propagierten und in vielen Bereichen auch durchsetzten. Der »Schutz« der eigenen Textil- und Bekleidungsstandorte wurde so immer unhaltbarer und soll Ende 2004 mit dem Auslaufen des WTO-Welttextilabkommens (ATC – Agreement on Textiles and Clothing) ein Ende finden.

Doch kurz vor Auslauf des ATC's wird deutlich, dass dieses Abkommen nicht nur als Instrument zum Schutz der Textil- und Bekleidungsproduktion in den Industrieländern zu verstehen ist. Denn im »Schatten« dieses Abkommens konnten einige »Entwicklungs«länder eine eigene Industrie aufbauen. Ein differenzierterer Blick auf die bisherige Regulierung und die künftige Liberalisierung im Textil- und Bekleidungshandel ist also angesagt, um beurteilen zu können:

- Wer wird nach 2004 zu den VerliererInnen, wer zu den GewinnerInnen der Liberalisierung gehören?
- Welche wichtigen Einflussfaktoren auf die Entwicklung der TBI lassen sich erkennen?
- Welche Auswirkungen auf die geschlechtsspezifische Besetzung der Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen lässt der Quotenabbau erwarten?
- * Welche Strategien werden zur Zeit als »Überlebensstrategien« für die nationalen TBI's diskutiert?
- * Mit welchen Strategien können die Interessen der Beschäftigten in der weltweiten Textil- und Bekleidungsindustrie unterstützt werden?
- * Lassen sich aus der Betrachtung der Textil- und Bekleidungsindustrie Schlüsse für eine »andere« Globalisierung ziehen?

Zur Klärung dieser Fragen möchte diese Broschüre beitragen. In einem ersten Teil skizziert sie den politischen und ökonomischen Rahmen der TBI, um dann in einem zweiten Teil anhand einiger Länderbeispiele die konkreten Auswirkungen von Regulierung bzw. Freihandel zu untersuchen. Der abschließende dritte Teil diskutiert schließlich die unterschiedlichen Strategien, die zur Zeit für die »Epoche nach 2004« auf nationaler oder internationaler Ebene vorgeschlagen werden und versucht, eigene Akzente in der Debatte zu setzen.

Die Herausgeber, das Institut SÜDWIND sowie das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar, setzen sich im Rahmen der Kampagne für Saubere Kleidung seit Jahren für Sozialstandards in der globalen Bekleidungsindustrie ein. Dieses Engagement, in dem sich die Option für die Gestaltung einer menschenwürdigen Welt ausdrückt, bilden den Hintergrund für die Erarbeitung dieser Broschüre.



Ergebnisse der OECD-Beschwerde gegen Adidas:

KAMPAGNE FÜR SAUBERE KLEIDUNG ZIEHT BILANZ

Mitte September 2004 veröffentlichte die deutsche Kampagne für saubere Kleidung (CCC – Clean Clothes Campaign) eine Bewertung des Ausgangs ihrer OECD-Beschwerde gegen den Sportartikelhersteller Adidas. Die Beschwerde war im Februar 2003 bei der deutschen Nationalen Kontaktstelle der OECD im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) eingereicht worden. Sie betraf Arbeitsrechtsverletzungen bei zwei indonesischen Zuliefererbetrieben von Adidas, für die in den letzten Jahren detaillierte Belege vorgelegt worden sind. Die CCC-Bilanz des Ablaufes des Verfahrens ist ernüchternd. Alle Korrekturvorschläge der Kampagne wurden von Adidas abgelehnt. Doch verband die CCC ihre Kritik mit einer Reihe von Strukturvorschlägen zur Fortentwicklung der Leitsätze, um in Zukunft heutige Schwächen zu überwinden.

Uneinigkeit blieb bestehen

»Wir stimmen darin überein, unterschiedlicher Meinung zu sein«, so könnte das Ergebnis der Gespräche zwischen Adidas, der Kampagne für saubere Kleidung und dem BMWA zusammengefasst werden.

Verstöße gegen die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen werden seit der letzten Revision vom Juni 2000 bei Nationalen Kontaktstellen in allen OECD-Ländern behandelt. Ausgangspunkt der Gespräche war die Klage der CCC, zwei Zuliefererbetriebe von Adidas verletzen die freiwilligen OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, insbesondere das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit und den Schutz vor Diskriminierung. Auf diese Leitsätze hatten sich die Regierungen der Industrie- und Schwellenländern im Rahmen der OECD 1976 geeinigt. Mit ihrer Beschwerde gegen Adidas wollte die CCC testen, ob die OECD-Leitsätze ein nützliches Instrument zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen bei weltweiten Produktionsstätten von Bekleidung sind und wo Stärken und Schwächen dieses Instrumentes liegen.

Vorschläge zur Weiterentwicklung der OECD-Leitsätze

Die abschließende Bewertung der CCC kommt trotz aller aufgetretenen Probleme zu dem Ergebnis, dass sich dieser kräftezehrende Prozess gelohnt hat. Zwar standen Fahrten nach Berlin an, mussten Papiere erstellt, Recherchen in Indonesien

vertieft und kontinuierlich Absprachen mit den PartnerInnen vor Ort getroffen werden. Doch konnte Adidas auch deutlich gezeigt werden, dass seine Zulieferer unter Beobachtung stehen – in diesem Fall auch seitens der Bundesregierung –, und die CCC konnte aus der praktischen Erfahrung heraus konkrete Verbesserungsvorschläge entwickeln. Damit in Zukunft die OECD-Leitsätze ihren Ansprüchen besser gerecht werden können, hat die CCC eine Reihe von Vorschlägen gemacht, von denen wir hier eine Auswahl dokumentieren:

- Die von Zulieferern einzuhaltenden Sozialstandards gehen zur Zeit nicht weit genug. Sie müssen über die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation hinaus um Vorschriften zu Löhnen und Arbeitszeiten erweitert werden.
- Die Vermittlungsrolle der Nationalen Kontaktstelle sollte durch deren eigene Prüffunktion ergänzt werden. Damit in Zukunft nicht wieder Aussagen gegen Aussagen stehen und eine Vermittlung folgenlos bleibt, schlägt die CCC eine Berufungsoption vor. Es sollte eine Anbindung an Verwaltungsgerichte, Parlamentsausschüsse, Ombudspersonen u.ä. vorgesehen werden, die Beschwerdeverfahren bei Nicht-Einigung weiter behandeln.
- Die Verfahren gegen Firmen sollten transparenter und öffentlich werden.
- Die Beschwerdestelle sollte (wie in anderen Staaten bereits üblich) um VertreterInnen weiterer Ministerien erweitert werden. Diese sollten weiterhin mit einem Beirat aus VertreterInnen von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen über Beschwerdefälle verhandeln.



- Die Nationale Kontaktstelle sollte mit größeren finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um BeschwerdeführerInnen entstehende Kosten für Reisen etc. ersetzen zu können.
- In den Zuliefererländern sollten Nationale Kontaktstellen eng mit ähnlich zusammengesetzten Strukturen kooperieren. Dadurch könnte die Rolle von ZeugInnen aus den Zuliefererbetrieben und ihren Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften gestärkt werden

Internationale Regelung gefordert

In einem Fazit regt die CCC an, dass diese Vorschläge in die Überlegungen zu der nächsten Revision der OECD-Leitsätze einbezogen werden sollen.

Schließlich hebt die CCC jedoch auch hervor, dass auf lange Sicht eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen bei weltweiten Zulieferern von multinationalen Unternehmen nicht über die Behandlung von einzelnen Beschwerdefällen erreicht werden kann. Diese sollten vielmehr als wichtige Schritte zu einer gesetzlich verbindlichen internationalen Regelung angesehen werden.

Die vollständige Bewertung des Verfahrens finden sie unter dem Titel »Outcome of OECD complaint case of German Clean Clothes Campaign against adidas disappointing – OECD Guidelines for Multinational Corporations under examination« auf der SÜDWIND-Homepage unter: http://www.suedwindinstitut.de/3-020_fs.htm

Ingeborg Wick

Neue Studie:

WESTLB AG – WEGBEREITER ODER SCHLUSSLICHT?

»International und katastrophal – Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB«, so lautet der Titel der Studie, die im März 2004 von SÜDWIND zusammen mit der Nichtregierungsorganisation Urgewald herausgegeben wurde. Steffen Jörg (SÜDWIND) und Heffa Schücking (Urgewald) belegen darin, dass die Finanzierung einer Öl-Pipeline in Ecuador, durch die die westdeutsche Landesbank (WestLB) in die Schlagzeilen geriet, kein Einzelfall war: Immer wieder finanzierte und finanziert die West LB ökologisch und sozial fragwürdige Projekte.



SÜDWIND-Autor der Studie Steffen Jörg

OCP weiter in der Kritik

Seit Jahren beschäftigt sich SÜDWIND mit den Folgen des Baus einer Öl-Pipeline durch das OCP-Konsortium in Ecuador. Die West LB organisierte die Finanzierung des Projektes, das zur Zerstörung von Primärwäldern sowie massiven Menschenrechtsverletzungen führte. Die Entschädigung einiger für den Bau der Pipeline enteigneter Grundstücke ist bis heute ungeklärt. Zudem laufen nun, wo mit der Pipeline eine Transportmöglichkeit für das Öl gegeben ist, wie befürchtet, die Vorbereitungen dafür, Öl in intakten Urwaldgebieten zu fördern – zur Not auch gegen den Willen der dort lebenden Indianer-Gemeinschaften.

Weltweit umstrittene Projekt-Finanzierungen

Steffen Jörg und Heffa Schücking stellen in ihrer Studie dar, dass es kein Zufall ist, dass ausgerechnet die West LB Konsortialführerin dieser weltweit umstrittenen Finanzierung wurde. Bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurde das Gebiet der Spezialfinanzierung (zu der die Projektfinanzierung gehört) innerhalb der Bank ausgebaut. Wurde an anderer Stelle Personal abgebaut, stellte man hier sogar im Jahr 2002 noch Leute ein. Das Volumen in diesem Bereich wuchs von 588 Mio. Euro 1999 auf 804,7 Mio. Euro in 2002. Diese Ausweitung des zum Teil sehr riskanten Bereichs der internationa-

len Spezial- und Projektfinanzierung geschah, ohne parallel dazu ein adäquates Risikomanagement aufzubauen.

Die millionenschweren Verluste durch die Pleite des von ihr mitfinanzierten britischen Unternehmens Box Clever ist nur ein Beispiel für die Folgen dieses Managements. Das Land Nordrhein-Westfalen musste als Miteigentümerin die Bank mit einer Kapitalerhöhung stützen.

Zehn Fallbeispiele

Nicht nur das finanzielle Risiko von Finanzengagements wurde nachlässig behandelt. Soziale und ökologische Risiken scheinen bei einer Reihe von Finanzierungen überhaupt keine Rolle gespielt zu haben. Die zehn Fallbeispiele der Studie zeigen, dass die Bank auch dort finanziert hat, wo andere Banken aus ökologischen Gründen von einem Engagement absahen. So vergab die West LB einen Kredit, mit dessen Hilfe eine Goldmine in Papua-Neuguinea finanziert wurde, die für eine massive Verschmutzung der Flüsse und der Küste verantwortlich gemacht wird. Die Anwohner, für die der Fischfang bis dahin eine wesentliche Nahrungsquelle bedeutete, wurden in keiner Weise an den Erlösen der Mine beteiligt.

Wie reagierte die Bank?

Nachdem in den letzten beiden Jahren die Führung der Bank aufgrund immer wieder auftauchender Finanzskandale mehrfach ausgewechselt worden war, scheint nun mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden, Herrn Fischer, seit Anfang dieses Jahres eine auf längere Sicht ausgelegte Neuorientierung der Bank begonnen zu haben. Im Zuge dieser wurde auch eine kleine Nachhaltigkeitsabteilung mit sechs MitarbeiterInnen gegründet, die zumindest der Idee nach für alle Nachhaltigkeitsaspekte der Bank zuständig ist. Vordringlich besteht ihre Aufgabe allerdings darin, die Einhaltung der »Äquatorprinzipien« bei der Projektfinanzierung zu gewährleisten. Diese Prinzipien wurden im März 2003 aufgestellt und von einer Reihe von Banken, die in der Projektfinanzierung engagiert sind, unterzeichnet. Sie legen ökologische und soziale Minimalstandards für die Finanzierung von Projekten insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern fest.

Hat sich die Bank wirklich verändert?

Der Umgang der WestLB mit den ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit und mit ihren Kritikern hat sich verändert. Nachdem sich die alte Führung auf Kritik hinter fragwürdigen Behauptungen verschanzt und sich jedem Dialog mit Kritikern gegenüber verschlossen hat, kam es nun zu einem ersten Gespräch zwischen Urgewald, SÜDWIND und Mitarbeitern der neu geschaffenen Nachhaltigkeitsabteilung. Dies ist ein erster Schritt. Entscheidend für die Beurtei-



lung der Bank wird jedoch sein, inwieweit soziale und ökologische Belange tatsächlich die Entscheidung über eine Kreditvergabe beeinflussen und inwiefern die Bank bereit ist, sich tatsächlich der Lebenswirklichkeit jener zu stellen, die von ihren Finanzierungen betroffen sind.

Von Schwarz zu Grau

Hier ist allerhöchstens verhaltener Optimismus angebracht. Auf die Einladung von Urgewald zu einem Treffen mit Frau Natalie Weemaels, einer Vor-Ort Expertin der OCP Pipeline, reagierte man ablehnend. Ein daraufhin entworfenen und von zahlreichen NROs an die Leitung der Bank gerichteten Protestschreiben wurde allerdings ausführlich beantwortet. Man habe, so hieß es in dem Schreiben, inzwischen bereits aus ökologischen Gründen Finanzierungen abgelehnt.

Noch im November letzten Jahres wurde jedoch ein Kredit an Lukoil vergeben, den das Unternehmen für die Förderung von Erdöl nahe der Kurischen Nehrung nutzt. Gerade gegen dieses Projekt wehren sich Umweltschutzorganisationen aus dem Baltikum und ihre Regierungen in einem jahrelangen verzweifelten Kampf.

Von einem schwarzen Peter ist die WestLB also allerhöchstens zu einem grauen Peter geworden und es wird in Zukunft die Aufgabe der NROs sein, auf eine möglichst helle Schattierung dieses Graus hinzuwirken.

Antje Schneeweiß

EIN GANZ NORMALER EXOT

Erstmals erhält Mikrofinanz-Holding ein internationales Investment Grade Rating

Die drei großen in den USA angesiedelten Kreditrating Agenturen, Fitch Ratings, Standard and Poors und Moodys beurteilen die Kreditwürdigkeit von Staaten, Großunternehmen und neuerdings auch von Musikstars wie David Bowie. Dieser knallhart auf finanzielle Sicherheit ausgerichteten Untersuchung unterzog sich nun auch die Internationale Micro Investitionen AG (IMI) und erzielte mit der Note BBB – ein erstaunliches Ergebnis. Damit wird eine Investition in diese Holding als sehr sicher eingestuft – und das, obwohl sie Anteile an Banken hält, deren Kreditportfolio zu über achtzig Prozent aus Klein- und Kleinstkrediten besteht.

Unterstützung für kleine Unternehmen

Die seit 1998 bestehende IMI hält Anteile an 18 Mikrofinanzbanken in aller Welt. Vier davon liegen in Lateinamerika, drei in Afrika, eine auf Haiti und zehn weitere in Osteuropa. Diese Banken haben sich auf »einkommensschwache, aber ökonomisch aktive« Kunden spezialisiert, die mit ihren eigenen Mitteln ein Geschäft oder einen Handwerksbetrieb eröffnen. 54,6% der Kredite dieser Banken liegen bei einer Summe unter 1000 Euro und weitere 40,8 % liegen unter 10.000 Euro.

»Es war unser Ziel, vor allem sehr kleine Unternehmen oder Unternehmer(innen) zu erreichen und diese durch den Bankzugang in die Gesellschaft zu integrieren oder ihnen wenigstens – durch den rein geschäftsmäßigen Umgang mit ihnen – einen Teil ihrer Würde zurückzugeben«, heißt es in einem Prospekt.

Die Banken sind darauf ausgerichtet, mit Mikrokrediten einen Gewinn zu erzielen, stecken sich darüber hinaus aber auch entwicklungspolitische Ziele. Ihre Zinssätze liegen mit 10–15% pro Jahr im Vergleich zu hiesigen Verhältnissen hoch, betragen jedoch nur rund ein Zehntel des Zinssatzes, den diese Geschäftsleute an private Geldverleiher – ihre einzige Alternative zu einem Mikrokredit – zahlen müssten. Die allermeisten dieser Banken nehmen auch Spareinlagen entgegen.

Erfolgreich ist das Konzept der IMI auch deshalb, weil die Gruppe für alle Mitgliedsbanken weitgehend einheitliche Kreditvergabepraktiken und Software zur Verwaltung von Mikrokrediten entwickelten, die von allen genutzt werden können. Zudem liegt die Kreditausfallquote der Bankengruppe bei unter einem Prozent.

Wer steht dahinter?

Das Grundkapital der IMI stammt zum Teil aus öffentlichen und zum Teil aus privaten Quellen. Wichtige Anteilseigner aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich sind die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), eine Tochtergesellschaft der Weltbank (International Finance Corporation – IFC) sowie die holländische Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft FMO. Wichtige Anteilseigner der privaten Hand sind die holländische Stiftung DOEN und die Frankfurter Beratungsgesellschaft International Project Consulting (IPC).

Die IMI ist wiederum mit zwischen 11% und 81% an den Mikrofinanzbanken in Entwicklungs- und Transformationsländern beteiligt. Der IFC und die KfW beteiligen sich darüber hinaus auch direkt an den Institutionen der IMI in Osteuropa, womit sich ein Übergewicht der öffentlichen Institutionen bei der Finanzierung dieser Banken ergibt. Um diesem Übergewicht entgegen zu wirken, gab die IPC zwei Inhaber-Teilschuldverschreibungen heraus, deren Erlöse in das Eigenkapital der IMI fließen und somit den Anteil der IPC erhöhen. Positives mit Wenn und Aber:

Die IPC ist auch inhaltlich mit den Banken verbunden. Sie entsendet in den ersten Jahren Führungskräfte in die Mikrofinanzbanken und bezahlt in den ersten Jahren deren Gehalt. Nach erfolgreichem Abschluss der Ausgabe der Inhaber-Teilschuldverschreibungen – bis zum Stichtag am 30. September wurden insgesamt 6 Mio. Euro eingezahlt – und dem Erlangen des Investment Grade Ratings für die IMI wird es in Zukunft darum gehen, den ständig wachsenden Kapitalbedarf der 18 Mikrofinanzbanken zu decken. Außerdem will das Unternehmen weiter expandieren. Die Schwerpunkte der nächsten Jahre liegen in Lateinamerika und Afrika.

In Zukunft wird es deshalb weiter Beteiligungsmöglichkeiten für private Anleger geben.

Wohin fließt das Geld?

Kreditnehmer der Mikrofinanzbanken der IMI sind fast ausschließlich kleine Unternehmer, eine Stoffhändlerin in Ghana gehört dazu, ein Kioskbesitzer in Mosambik, ein Fenster- und Türenhersteller in der Ukraine, ein Tierarzt in Rumänien, eine Fahrrad-Reparaturwerkstatt in Bolivien sind Beispiele für die Kreditkunden der IMI Banken.

Ihre Aufgabe sehen sie darin, kleinen Unternehmen mit bis zu zehn Angestellten mit Krediten für notwendige Investitionen zu versorgen und das im Rahmen eines respektvollen Umgangs, gerade gegenüber den kleinsten Kunden und Kundinnen.

Eigentlich liegt genau darin die Aufgabe einer Bank. Angesichts des Geschäftsgebarens hiesiger Großbanken, die sich

vor allem damit zu beschäftigen scheinen, wie sie den neusten Hedgefonds an einen erlauchten Kundenkreis vermögender Privatkunden verkauft bekommen, wirkt die IMI Gruppe mit ihren Tausenden kleinen Krediten an kleine Geschäftsleute allerdings erschreckend exotisch.

Antje Schneeweiß

Armutsbekämpfung

ERFAHRUNGEN EINER PROJEKTREISE NACH TANSANIA UND ÄTHIOPIEN



Blehhütten am Sheraton Hotel: In Addis Abeba kann man sich auch mit 5 Sternen nicht der Armut entziehen.

In den vergangenen Ausgaben des SÜDWIND-Infos haben wir immer wieder über die größtenteils enttäuschenden Erfahrungen berichtet, die unsere afrikanischen Partnerorganisationen bei der Umsetzung mit den seit dem Kölner Weltwirtschaftsgipfel 1999 eingeführten Strategiepapieren zur Armutsbekämpfung (PRSP – Poverty Reduction Strategy Papers) haben, ohne deren Erstellung es keinen Schuldenerlass gibt. Doch es gibt auch positive Entwicklungen, die wir nicht unterschlagen wollen.

Viele Probleme bleiben bestehen – und trotzdem ...

Nichts von den früheren negativen Berichten ist falsch oder hat sich wesentlich geändert: Eine wirkliche Partizipation der Zivilgesellschaft, wie sie eigentlich bei der Erstellung und der Umsetzung dieser Strategiepapiere gefordert ist, existiert in der Regel allenfalls auf dem Papier. In Konsultationen werden die Positionen der Zivilgesellschaft eingeholt, aber in den meisten Fällen haben sie so gut wie keinen Einfluss auf die verabschiedeten Papiere. In entscheidenden Fragen über die

wirtschaftliche Ausrichtung der Politik, über Privatisierung von sozialen Dienstleistungen, über Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik oder Geldwertstabilität, über Ausrichtungen im Exportsektor etc. werden die zivilgesellschaftlichen Gruppen erst gar nicht angehört. Hier gelten die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds, auch wenn er sich mit seinen Prognosen in der Vergangenheit gerade bei den armen hochverschuldeten Ländern (HIPC – Heavily Indebted Poor Countries) in Afrika so häufig verschätzt hat.

Immer wieder sind wir aber auch gefragt worden, ob unser Engagement und das der Partnerorganisationen nicht auch positive Spuren hinterlässt. In der Lobbyarbeit und in der internationalen Debatte ist es eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Defizite zu benennen, und leider bleibt es unbestritten: Der bislang zugesagte Erlass ist zu gering und er kommt zu spät. Heute sind 23 Staaten in Sub-Sahara-Afrika ärmer als 1975. Aber vielleicht haben wir es in der Vergangenheit in der internen Informationsweitergabe zu sehr vernachlässigt, einmal darüber zu berichten, warum wir dennoch unser Engagement in den Ländern und mit den Partnern gerade zu diesem Thema für wichtig halten und welche positiven Entwicklungen es hier gibt.

Armutsbekämpfung gewinnt an Gewicht

Einer der wichtigsten Erfolge der Vergangenheit ist wohl die offizielle Anerkennung des engen Zusammenhangs von Armut und Schulden durch die Gläubiger. Dies drückte sich schließlich in den Beschlüssen des Kölner Weltwirtschaftsgipfels aus, als der in der erweiterten HIPC-Initiative beschlossene Schuldenerlass verknüpft wurde mit der Erstellung der Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung (PRSP). Eine bessere Einbeziehung der Zivilgesellschaft sollte zudem erreicht werden, indem diese an der Erstellung dieser Papiere beteiligt werden sollte.

Gewissermaßen eine Wiederholung erfährt eine solche Einsicht über wichtige Zusammenhänge bei aufgeklärten Geistern neuerdings in der Frage der Terrorbekämpfung. Entwicklungsministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul hat ebenso wie Weltbankpräsident James Wolfensohn oder UN-Generalsekretär Kofi Annan immer wieder darauf hingewiesen, dass Armut eine der wichtigsten potentiellen Quellen für Terror und Gewalt seien. Armutsbekämpfung bedeutet damit auch Konfliktprävention. In den konkreten Initiativen setzen sich dann aber doch die Haushälter in den Industrienationen gegenüber den aufgeklärteren Geistern durch: Schulden streichen heißt auf zukünftige potentielle Einnahmen zu verzichten.

Demokratie fördernde Maßnahmen...

In den allerwenigsten Ländern ist die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Erstellung der PRSP zufriedenstellend gelaufen. Zu den wenigen Ausnahmen zählen vielleicht Bolivien, Uganda und Tansania. Auffällig ist hier, dass in allen drei Ländern bereits bestehende Dialogprozesse über nationale Strategien zur Armutsbekämpfung übernommen und als PRSP anerkannt wurden. Auf einem Workshop in Tansania, den wir im Mai dieses Jahres im Rahmen eines Projektes mit den drei Hilfswerken Brot für die Welt, Misereor und EED in Tansania durchgeführt haben, haben die Partner einhellig betont, dass der PRSP-Prozess durchaus positive Spuren im Land hinterlassen und etwas bewegt hat. Hier ist trotz aller Defizite vielerorts das Bewusstsein gestärkt worden, dass es eine Partnerschaft zwischen Zivilgesellschaft und öffentlichen Verwaltungen gerade auch auf Distriktebene in der Frage der Entwick-

lungsstrategien geben muss. Die Mühlen mahlen dennoch langsam und viele dieser Errungenschaften sind noch punktuell und auf die Regionen beschränkt, wo eine organisierte Zivilgesellschaft ihrerseits ihre Rechte aktiv einfordert. Am weitesten fortgeschritten ist das Bewusstsein und der Wille zu besserer Zusammenarbeit auf nationaler Ebene. Hier macht sich bemerkbar, dass die tatsächliche Umsetzung der Prozesse stark von der gegenwärtigen Regierung abhängt.

... mit unterschiedlichen Auswirkungen

Aber auch in Ländern, in denen die politische Lage bislang so gut wie keine Teilhabe der Zivilgesellschaft an nationalen Prozessen hervorgebracht hat, lassen sich zaghafte Verbesserungen der Situation ausmachen. Eine Beurteilung über positive Entwicklungen muss letztlich auch in Relation zur Ausgangssituation vorgenommen werden. In Äthiopien beispielsweise, das ergab der zweite Teil der Projektreise im Mai, wurde von allen Gesprächspartnern die Beteiligung am PRSP-Prozess als nicht wirklich partizipativ eingeschätzt. Eine noch immer restriktive Zentralregierung dominiert den Prozess, der von oben nach unten organisiert wird. Viele – insbesondere kleinere – Organisationen haben angesichts repressiver Strukturen berechtigte Angst, sich aktiv an dem Prozess zu beteiligen und politische Teilhabe einzufordern. Die internationale Initiative der Strategiepapiere PRSP hat so kaum Fortschritte erzielen können. Zivilgesellschaftliche Gruppen versuchen daher, durch ein gemeinsames Vorgehen im Rahmen von Netzwerken an Gewicht zu gewinnen und die Stimme zu erheben. Unterstützt werden sie da, wo die internationale Gemeinschaft präsent ist, vor allem in Addis Abeba, aber auch in anderen Zentren.

WorkshopteilnehmerInnen in Dar es Salaam über Zivilgesellschaftliche Beteiligung bei den Strategiepapieren zur Armutsbekämpfung.



Eine Tradition, seine Rechte einzufordern, gibt es in Äthiopien nicht. Wohl deshalb sind auch die weitaus meisten Nichtregierungsorganisationen (NRO) nicht proaktiv in der Einklagung von Mitbestimmung. Allerdings wird ganz allmählich ein Umdenkungsprozess spürbar, wonach NROs und Kirchen zunehmend versuchen, ihre Aktivitäten mit Advocacy-Arbeit zu verbinden. Die meisten Initiativen haben in Äthiopien den klassischen Weg von der Katastrophenhilfe hin zu nachhaltigen Entwicklungsprogrammen beschritten. Nun stehen einige am Anfang eines erneuten Entwicklungsprozesses hin zu einer NRO der dritten Generation, die auch für ihre Interessen eintreten will. Inwieweit solche Prozesse auch ohne PRSP-Programme eingesetzt hätten, sei natürlich dahingestellt; sicher ist allerdings, dass der internationale Verlangen nach mehr zivilgesellschaftlicher Beteiligung solche Prozesse eher fördert.

Weniger Schuldendienst – mehr Sozialausgaben

Auch wenn der Schuldenerlass bei weitem noch nicht ausreicht, um die Armut in den betroffenen Ländern nachhaltig zu mindern, so sind in den meisten Ländern spürbare Erhöhungen der Sozialausgaben mit der Reduzierung des Schuldendienstes einhergegangen. In Tansania beispielsweise konnten mit PRSP die öffentlichen Gesundheitsstellen sehr viel mehr Patienten qualitativ besser behandeln. Die sehr viel teureren privaten Gesundheitsstellen bekommen wegen sinkender Patientenzahlen sogar Probleme. Die Qualitätssteigerung der ehemals kostenfreien öffentlichen Gesundheitsstellen ist allerdings auch mit der Einführung von Nutzungsgebühren bezahlt worden.

Ebenso konnten durch den besser finanzierten Bildungssektor deutlich höhere Einschulungsraten erzielt werden. Dieser leicht messbare Erfolg wurde jedoch auch sehr bald von Problemen der Nachhaltigkeit heimgesucht: Denn während es relativ einfach ist, mit neuen Haushaltsmitteln neue Schulen zu bauen, ist es ungleich langwieriger und kostspieliger, diese Schulen mit qualifiziertem Fachpersonal auszustatten bzw. dieses erst einmal auszubilden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich die Qualität an den staatlichen Schulen verschlechtert hat. Angesichts der stetig wachsenden Neuverschuldung, die neben Tansania auch viele andere teilschuldete Staaten betrifft – darunter auch Uganda und Bolivien – hat sich der Druck auf den Staatshaushalt wieder erheblich erhöht.

Freiwerdende Gelder sinnvoll verwendet

Dennoch zeigt die Erfahrung, dass durch Schuldenerlass freiwerdende Gelder nicht in dubiosen Kanälen verschwinden oder in den Verteidigungshaushalt fließen, sondern tatsächlich zu einer Erhöhung der Sozialausgaben (vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit) geführt haben. Dies hat beispielsweise eine britische NRO in einer Analyse über 10

afrikanische Länder festgestellt. So stiegen hier die Sozialausgaben von 929 Mio. US\$ im Jahr 1998 auf 1.306 Mio. US\$ im Jahr 2002 und lagen damit deutlich höher als die Ausgaben für den Schuldendienst.

Auch die Weltbank kommt in ihrem letzten Zwischenbericht über den Stand der HIPC-Initiative zu dem Ergebnis, dass sich die armutsreduzierenden Ausgaben in den 27 bislang begünstigten Staaten von 6,4% des Bruttoinlandsprodukts (1999) auf 7,9% (2003) erhöht haben, etwa dreimal so viel wie in diesen Ländern für den Schuldendienst aufgebracht werden muss.

An Erfolge anknüpfen!

Die Vereinten Nationen haben in ihren Millenniums-Entwicklungszielen im Jahr 2000 beschlossen, die Zahl der Armen bis 2015 zu halbieren. Um dies zu erreichen, wäre es wichtig, auf bisherigen Erfolgen aufzubauen: Afrika braucht deutlich mehr Entschuldung. Verschiedene Faktoren haben zudem in der Vergangenheit dazu geführt, dass die allzu optimistischen Erwartungen über die Wirtschaftsentwicklung in vielen Ländern nicht eingetroffen sind. Eine hohe Neuverschuldung hat daher in vielen Ländern wieder zu untragbaren Schuldenbelastungen geführt, die ähnlich hoch sind wie vor dem Erlass. Schuldenerlass kann aber nur etwas bewirken, wenn er beherzt und in ausreichendem Umfang ausgesprochen wird.

Eichels Verhalten beschämend

Vor diesem Hintergrund ist es beschämend, dass auf der Anfang Oktober 2004 zu Ende gegangenen Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds ein weiterreichender Erlass insbesondere von Finanzminister Eichel blockiert worden ist. Von der britischen Regierung war eine wichtige Initiative gestartet worden, in der sie durch eine Aufstockung ihrer Entwicklungshilfemittel die Entschuldung der ärmsten Länder voranbringen wollte. Die Initiative sah vor, diesen Ländern auch die Forderungen an die multilateralen Gläubiger zu erlassen, die bislang von Erlassen weitgehend ausgeschlossen blieben. Hierfür wollten die Briten einen Anteil von 10% übernehmen. Damit würde sich ihr Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttoinlandsprodukt von 0,31% auf knapp unter 0,5% massiv erhöhen.

Dies ist immer noch weit entfernt von dem seit Jahren beschlossenen Ziel, nach dem die Industrienationen sich verpflichtet haben, jährlich 0,7% ihres Bruttoinlandsproduktes in die Entwicklungszusammenarbeit zu stecken. Derzeit erfüllen nur einige wenige kleinere Länder wie Schweden und die Niederlande dieses Ziel. Deutschland liegt bei 0,27%. 150 Mio. US\$ hätte Hans Eichel die Unterstützung dieser Initiative gekostet. Angesichts einer Neuverschuldung von über 40 Mrd. EURO ein relativ kleiner Betrag, der jedoch für Millionen von Menschen in Afrika Großes hätte bedeuten können.

Irene Knoke

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Workshop und Konsultationen in Kamerun

Im Rahmen des Projektes zur Umsetzung von Strategiepapieren zur Armutsbekämpfung (PRSP – Poverty Reduction Strategy Papers) von SÜDWIND mit Brot für die Welt, dem EED und Misereor arbeitete Pedro Morazán im September mit den Partnern der Hilfswerke und VertreterInnen der Zivilgesellschaft in den englischsprachigen Provinzen Kameruns zusammen. In Kumba haben wir drei Tage lang im Rahmen eines Workshops wichtige Fragen des PRSP-Partizipationsprozesses in Kamerun und insbesondere im Westen des Landes diskutiert. Der Workshop wurde von der PCC – Presbyterianischen Kirche in Kamerun organisiert und von Brot für Alle (BfA) in der Schweiz finanziert. Unter den anwesenden Organisationen waren neben zahlreichen NRO und Kirchen aus Kamerun auch JournalistInnen, VertreterInnen von Universitäten, der bilateralen Kooperation sowie aus Ghana, Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz.



*Videoaufnahmen
beim Workshop in Kamerun*

Positive Ansätze und Rückschläge

Aus der Sicht von Caritas Kamerun enthält die Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategie neben den negativen auch positive Aspekte, die es zu berücksichtigen gilt, will man die richtigen Lehren aus dem bisher gelaufenen Prozess ziehen:

Positive Aspekte:

- Der Staat entwickelt sich hinsichtlich der Vorgaben des PRSP und wird sich der Rolle der zivilgesellschaftlichen Gruppen als Kooperationspartner im PRSP-Prozess bewusst. Die Regierung Kameruns, zivilgesellschaftliche Gruppen und die Geberorganisationen sitzen an einem runden Tisch.
- Es gibt Hoffnungen auf der Seite der Zivilgesellschaft auf eine gemeinsame armutsorientierte Politik.
- Die Dynamik der Selbstregulierung und der Selbstorganisation innerhalb der Zivilgesellschaft kann für die Zukunft genutzt werden. Ein Netzwerk und eine gemeinsame Position sind zu entwickeln.

Negative Aspekte:

Leider wird der Prozess auch von schwerwiegenden negativen

Aspekten begleitet, die ihren Ursprung in den politischen Strukturen eines autoritären Regimes haben:

- Es gibt keine Transparenz oder Kontrollmöglichkeiten, was die Verwendung der Mittel angeht, die regelmäßig aus den zugesagten Schuldenerlassen in einen gesonderten Fonds fließen.
- Die Empfehlungen der Zivilgesellschaft mit Blick auf Projekte, die aus diesen Mitteln finanziert werden sollen, haben nur sehr schwachen Einfluss auf die Regierungs- und Ministerebene.

Eine Zwischenbilanz

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Zivilgesellschaft keinen leichten Zugang zu finanziellen Ressourcen hat, die im Rahmen des PRSP-Prozesses freigesetzt werden. Die Verteilung der Finanzressourcen verläuft zudem sehr langsam und es fehlt ein partizipativer Mechanismus für die Verteilung. Zu guter Letzt ist die Zivilgesellschaft relativ schwach und zersplittert und hat keine einheitliche Lobby, um die Finanzpolitik der Regierung zu beeinflussen. Dies macht sich an Kompromissen zwischen dem Staat und den Geberländern fest, auf die die Zivilgesellschaft keinerlei Einfluss hat. Es sieht so aus, als ob die finanziellen Ressourcen, die durch den Schuldenerlass frei werden, vollständig in das öffentliche Budget integriert werden, ohne dass dies kontrolliert wird.

Wie geht es weiter?

Kamerun hat den Entscheidungspunkt im Rahmen der Entschuldungsinitiative HIPC im Oktober 2000 erreicht. Damals

Gruppenarbeit beim Workshop in Kamerun



stellte die Regierung ein Interim-Papier als nationale Strategie zur Armutsbekämpfung vor. Ein tatsächlicher Erlass hängt aber weiterhin vom Erreichen des Abschlusspunktes ab. Einen ersten Rückschlag steckte die Regierung Bijas in diesem Jahr ein, als der Internationale Währungsfonds aufgrund der Nichterfüllung makroökonomischer Konditionalitäten die entsprechende Bitte der Regierung ablehnte. Der seit mehr als 20 Jahren diktatorisch regierende Paul Bija wollte wohl die Entschuldung für seinen Wahlkampf ausschlagen. Sicherlich bleiben die Versäumnisse in der Stabilisierungspolitik bestehen. Aus unserer Sicht aber sollte die kamerunische Regierung viel mehr Raum für eine Partizipation der Zivilgesellschaft lassen und viel mehr Investitionen als bisher im sozialen Bereich machen.

Um die Schwachstellen des PRSP-Prozesses anzugehen, bedürfte es einiger wichtiger Weichenstellungen. Insbesondere sollte die Kooperation innerhalb der Zivilgesellschaft als Ganzes gestärkt werden, um mit einer Stimme reden zu können und um die Beteiligung der Zivilgesellschaft auch bei der Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategie beizubehalten. Dies muss auch beinhalten, dass die Ausgabe der öffentlichen Finanzmittel besser überwacht und kontrolliert werden muss, um sicherzustellen, dass die zusätzlichen Finanzmittel aus der Entschuldung tatsächlich zur Finanzierung der Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Nichtregierungsorganisationen müssen daher in ein unabhängiges Gremium zur Überwachung der Umsetzung des Prozesses eingebunden werden.

Pedro Morazán

ARMUTSBEKÄMPFUNG UND POLITISCHE TRANSITION IN DER DR KONGO

Im Anschluss an den Aufenthalt in Kamerun führte das SÜDWIND-Projekt mit Brot für die Welt, dem EED und Misereor unseren Mitarbeiter Pedro Morazán vom 19. bis zum 26. September für Konsultationen zum Thema Armutsbekämpfung erstmals in die Demokratische Republik Kongo. An drei Tagen fand in der katholischen Tagungsstätte USUMA in Kinshasa ein Workshop über die Partizipation der Initiativen auf Gemeindeebene bei der Umsetzung des Armutsbekämpfungsprozesses statt. Der Workshop wurde von der kongolesischen Nichtregierungsorganisation SERACOB und SÜDWIND im Auftrag der drei deutschen Hilfswerke veranstaltet. Vertreter und Vertreterinnen von mehr als 40 Organisationen der Zivilgesellschaft, der Regierung sowie der internationalen Kooperation haben daran teilgenommen.



Workshop im Kongo

Politischer Hintergrund

Noch ist die Demokratische Republik Kongo (DRK) ein relativ instabiles Land. Die Übergangsregierung mit Joseph Desiré Kabila hat sich vorgenommen, gemäß dem von allen Seiten unterschriebenen Friedensvertrag im Frühjahr 2005 Wahlen durchführen zu lassen, um einer demokratisch legitimierten Regierung die Verantwortung für den noch nicht abgeschlossenen Friedensprozess zu übertragen. Noch immer werden die Ostprovinzen von Überfällen heimgesucht, die alle Bemühungen überschatten. Erkennbar ist der Wille der Bevölkerung diese Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen und dabei zugleich die nationale Integrität des Staates zu erhalten.

Die internationale Gemeinschaft bemüht sich diesen Friedensprozess zu unterstützen, doch die Unterstützung ist leider

relativ gering und durch unterschiedliche Positionen gekennzeichnet, die auch mit ökonomischen Interessen gekoppelt sind. Im März 2002 wurde das Interim-Papier zur Armutsbekämpfung vorgelegt und machte den Weg frei für die Erreichung des Entscheidungspunktes über einen Schuldenerlass («decision point»). Aufgrund der besonderen Lage erhielt Kongo die Möglichkeit, bereits in dieser Interimphase Unterstützung im Rahmen der des Schuldenerlasses für arme Staaten (HIPC-Initiative) zu erhalten.

Rolle der Zivilgesellschaft

Für die Organisationen der Zivilgesellschaft bot sich in dieser Situation die große Chance, sich an diesem Prozess mit allen Kräften zu beteiligen. Die Unterdrückungsstrukturen waren



Teilnehmer am Workshop im Kongo

stark geschwächt, und bis heute hat der Staat noch kein Gewaltmonopol. Ein politisches Vakuum war in sämtlichen Bereichen des Machtapparates offensichtlich. Man hat festgestellt, dass die Initiativen der Zivilgesellschaft eine enorme Bedeutung für das Überleben der Kongolesen haben. Viele frühere Regierungsbeamte und Funktionäre waren in diese Initiativen verwickelt. Die Mitwirkung der Kommunen wuchs. Bereits damals wurde erkannt, dass man keine erfolgreiche Armutsbekämpfung betreiben kann, ohne die Kommunen zu berücksichtigen.

Bilanz noch zwiespältig

Zwei Jahre sind vergangen und die Bilanz ist noch nicht optimal. Langsam scheint die Macht im Staat sich zu konsolidieren, die Bevölkerung entwickelt eigene Überlebensstrategien, aber die Nichtregierungsorganisationen haben anscheinend die ihnen gebotenen Spielräume nicht ausreichend nutzen können. Die institutionelle Schwäche und der chronische Mangel an Ressourcen sowie die starke Zersplitterung machten die Umstrukturierungsbemühungen unmöglich. Sie konnten nicht ausreichend als wichtiger Akteur zwischen Staat und Zielgruppen agieren. Warum? In dem Workshop wurden vom Professor Kalonji sieben mögliche Ursachen für diese Schwäche diskutiert:

- a. **Die NRO sind noch sehr jung** (höchstens 10 Jahre). Vor 1996 gab es kaum Organisationen. Die Mobuto-Diktatur ließ keinen Spielraum dafür. Die meisten sind die Kinder der Transition. Dieses Merkmal beeinflusst stark die Ziele, die Organisationsweise und die Art und Weise der kommunalen Arbeit.
- b. **Die meisten NRO haben die juristische Form eines Vereins:** Sie haben aber keine Geschäftsordnung, keine demokratische Kontrolle und kein Auditing. Aus diesem Grund funktionieren sie meistens eher schlecht. Die Zielgruppen haben so gut wie keine Beteiligung, weder bei den Entscheidungen noch bei der Projektformulierung noch bei der Kontrolle. Die Bestimmung der Rollen zwischen den Hauptamtlichen und den Zielgruppen ist daher sehr wichtig.
- c. **Im Durchschnitt sind die Organisationen finanziell schwach, mit einer starken finanziellen Abhängigkeit**

vom Ausland: Deswegen entwickelt sich eine Abhängigkeitsbeziehung zwischen Staat und NRO, und letztere lassen sich korrumpieren. Dadurch ergeben sich Nachteile für die Zielgruppen und es entwickelt sich automatisch ein System der Kooptierung: Wenn man das Geld gibt, kann man auch Strategien aufzwingen.

- d. **Unwissenheit über die Armutssituation.** Es ist paradox: Die Organisationen haben sich vorgenommen, Armut zu beseitigen, aber sie können die Armut in ihrem Wirkungsbereich nicht statistisch erfassen. Deswegen konnten sie viele Fragen der Regierung im konsultativen Prozess nicht beantworten. Armutsindikatoren werden nicht in der konkreten Arbeit eingesetzt. Die vertretenen NRO geben an, es sei Aufgabe des Staates, zuverlässige statistische Informationen über die Armutssituation zu erstellen. Aber in DR Kongo gibt es keinen Sozialvertrag, weil der Staat lange nicht existierte. Die Stärke der NRO könnte hier die Bevölkerung an der Basis sein.
- e. **Sie konzentrieren sich auf eine kurzfristige Überlebensstrategie, ohne eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung zu entwerfen.** Diese Haltung hat sowohl mit der institutionellen Schwäche als auch mit dem Mangel an Ressourcen zu tun.
- f. **Es gibt keine konstante Arbeit.** Bislang wurde keine allgemeine Strategie entwickelt, und der Krieg hat ständig dazu geführt, dass immer neue Aufgaben gelöst werden mussten, die nicht unmittelbar mit dem ursprünglichen Mandat zu tun hatten.
- g. **Sie werden sehr schnell von der Politik kooptiert.** Es gibt unterschiedliche Formen der Kooptierung und auch wenn es widersprüchlich erscheinen mag, ist die Schwäche des Staates eine davon. Denn der Staat sucht in DR Kongo sehr häufig die NRO zwecks Beratung und sonstiger Dienstleistungen, die sie selbst nicht in der Lage sind der Bevölkerung anzubieten.

Was ist zu tun?

Die Erreichung des Zeitpunktes, an dem die Schulden endgültig zum Teil erlassen werden (»completion point«), ist für Juni 2006 vorgesehen. Bei der Umsetzung des PRSP erhalten die kongolesischen Nichtregierungsorganisationen eine kaum vergleichbare Möglichkeit der Partizipation. Die größten von ihnen haben bereits jeweils eine der 11 Provinzen zugeteilt bekommen, um den Konsultations- und Partizipationsprozess frei zu gestalten. Sowohl von der Europäischen Union als auch von der Weltbank wurden bereits finanzielle Ressourcen dafür frei gegeben. Für die Organisationen der Zivilgesellschaft bleibt dies eine große Herausforderung, insbesondere in den Ostprovinzen. Gezielt kann man aus Deutschland – insbesondere im Bereich Kapazitätenbildung – die gegenwärtige Dynamik unterstützen.

Pedro Morazán

HONDURAS:

ARMUT, WACHSTUM UND UNGLEICHHEIT

Der sogenannte Washington Konsensus, also das Festhalten an einer orthodoxen Wirtschaftspolitik als Wunderwaffe für arme Nationen, bildete in den letzten Dekaden den Kern einer Ideologie, die blind an die magischen Kräfte des Marktes glaubte und sich gegen jegliche Intervention staatlicher Politik in der Steuerung wirtschaftlicher Entwicklung widersetzte. Nach mehr als 60 Jahren bleiben Armut und Ungleichheit trotz einiger Fortschritte weiterhin ein großes Problem, beständiges wirtschaftliches Wachstum ist dagegen nur eine Ausnahmeerscheinung.

Warum zunehmende Zweifel an dem gegenwärtigen Wachstumsmodell bei der Weltbank nur zögerlich zu Veränderungen in deren Politik gegenüber den ärmsten Länder führt, hat vermutlich mit dem Einfluss mächtiger Interessen in dieser Institution zu tun. Nun bemühen sich die Experten der Weltbank, eine einfache Formel zu entwickeln, die die optimale Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung darstellt. Sie nennen diese Formel »Pro-Poor-Growth«. Im Deutschen könnte dieser Begriff mit »wirtschaftliches Wachstum zugunsten der Armen« übersetzt werden. Was steckt dahinter? Warum ist eine kritische Auseinandersetzung mit diesem neuen Begriff so wichtig?

»Trickle down« ?

Die alten Argumente der Befürworter einer neoliberalen Wirtschaftssysteme sind bekannt: Insbesondere infolge der Globalisierung sind arme Länder herausgefordert, sich an die Weltwirtschaft anzupassen, dem privaten Sektor die Nutzung von billigen Arbeitskräften und Naturressourcen zu erleichtern und so schnelles Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Nicht teure Investitionen in die Armen, d.h. mehr Bildung und Gesundheit, oder gar die Umverteilung von Einkommen und Land seien die Lösung. Vielmehr setzt man auf Wachstum allein, damit der Kuchen vergrößert wird, von dem auch die Armen profitieren. Dieser nach unten gerichtete Effekte wurde in der Fachsprache »Trickle down«-Ansatz (»Durchsickereffekt«) genannt. Nachdem zahlreiche Analysen keine überzeugenden Nachweise für einen »Trickle down« Effekt bei den wachstumsorientierten Strukturanpassungsprogrammen von Weltbank und IWF geliefert haben, bemüht man sich heute, notwendige Anpassungen in der Politik herbeizuführen. Zu diesen Bemühungen gehören auch die derzeitigen Diskussionen um die Operationalisierung von Wachstum zugunsten der Armen.

Erste Studie über Honduras erstellt

Im Auftrag vom EED hat das Institut SÜDWIND einen kritischen Beitrag zu dieser Diskussion geliefert und am Beispiel Honduras herausgestellt, dass eine Definition von »Pro-Poor-Growth« zwar wünschenswert ist, dieser aber nur in dem Abschied vom »Trickle down«-Ansatz eine konsequente Anwendung bzw. Operationalisierung erfahren kann. Eine Studie unter dem Namen: »Honduras: Poverty, Growth and Inequality«, wurde anhand der vorhandenen statistischen Erhebung für die honduranischen Haushalte in den letzten 13 Jahren erstellt. Unter Berücksichtigung der historischen Prämissen dieses Landes wurde festgestellt, dass ohne eine konsequente Politik der Umverteilung die soziale Ungleichheit ein Hindernis für wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige menschliche Entwicklung ist und bleiben wird.

Ende August wurde ein erster Entwurf der Studie mit Institutionen der Zivilgesellschaft in Tegucigalpa, Honduras, diskutiert. Die Veranstaltung wurde vom Kommissariat für Menschenrechte in Honduras organisiert und gemeinsam von EED und SÜDWIND mitgetragen. Anwesend waren mehr als 80 Personen und die wichtigsten Medien des Landes. Unter den Gästen waren auch prominente RegierungsvertreterInnen sowie Repräsentanten diplomatischer Vertretungen, einschließlich der Deutschen Botschaft in Tegucigalpa sowie der internationalen Kooperation.

Umsetzung der Armutsbekämpfung

Hervorgehoben wurde die Bedeutung einer solchen Recherche für die Umsetzung des PRSP-Prozesses in Honduras. Die Federführung dieses Prozesses hat die Exekutive durch das 1999 eingerichtete »Sozialkabinett«. Hier sind die Schwerpunktministerien (Bildung, Gesundheit, Arbeit und Soziales, u.a.) vertreten und arbeiten zusammen. Für den Konsultationsprozess wurden des Weiteren drei Vertreter der Zivilgesellschaft und ein Vertreter der Städte und Gemeinden eingeladen. Für alle diese Akteure ist eine Diskussion über eine neue Ausrichtung der für ein ausgeglichenes Wachstum notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen und Strategien zur Armutsbekämpfung von größter Bedeutung.

Wie geht es weiter?

Die Ergebnisse der Studie werden uns bei SÜDWIND auch noch weiter beschäftigen: In einem Gespräch mit der Leiterin

der Abteilung für PRSP der honduranischen Regierung wurde eine Zusammenarbeit mit dem Institut SÜDWIND angestrebt, um wichtige Fragen und Ergebnisse der Studie weiter zu verfolgen. Die honduranische Regierung möchte eine breite Diskussion dieser Ergebnisse mit der internationalen Kooperation und den Präsidentschaftskandidaten und ParlamentarierInnen im Februar/März 2005 führen. Weiterhin soll diese Stu-

die eine wichtige Grundlage in dem Dialog des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) mit den Internationalen Finanzinstitutionen werden. Hierzu will man exemplarisch eine kritische Begleitung der Politik dieser beiden Institutionen behalten. Für das breite Publikum soll eine pädagogisierte Version dieser Studie die wichtigen Fragestellungen aufwerfen.

Pedro Morazán

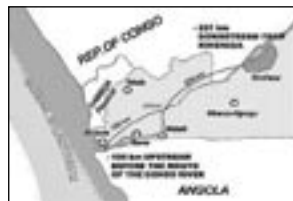
WASSERKRAFT AUS DEN INGAFÄLLEN

Große Potentiale für die Entwicklung der DRK und Afrikas

In den Sommermonaten 2004 hat SÜDWIND eine Studie über die Potentiale der Stromerzeugung aus Wasserkraft in der Demokratischen Republik Kongo DRK verfasst. Ziel der vom EED finanzierten Recherche war eine Zusammenstellung des Diskussionsstandes über das viel-



leicht größte Investitionsvorhaben auf dem afrikanischen Kontinent. Die Ergebnisse der Studie sollen in die Lobbyarbeit deutscher und kongolesischer Gruppen einfließen.



leicht größte Investitionsvorhaben auf dem afrikanischen Kontinent. Die Ergebnisse der Studie sollen in die Lobbyarbeit deutscher und kongolesischer Gruppen einfließen.

Große Pläne und eine verworrene Lage

Seit Jahren berichten die Presse in der Demokratischen Republik Kongo wie auch die Medien im südlichen Afrika immer wieder über die Möglichkeit, die Gewinnung von Strom an den Inga-Stromschnellen massiv auszubauen. Seit dem Beginn des politischen Übergangsprozesses und dem zumindest vorläufigen Ende des Krieges mehren sich Spekulationen über Investitionen in Milliardenhöhe.

Überschriften wie »DRC's Inga project to deliver power to Southern Africa« (Engineering News 25.4.2003), »Inga: Promise« (Business in Africa 18.5.2004) oder »Inga: Energy for Africa« (ESI 2003) zeigen die Bedeutung, die dem Projekt beigegeben wird: Es soll Strom zumindest für die gesamte Region, wenn nicht sogar für den afrikanischen Kontinent und den Export nach Europa produziert werden.

Zugleich bleiben allerdings die genauen Pläne und die Investoren noch unklar: Wer wird die Milliarden-Investitionen aufbringen? Wem wird der Damm und wem der Strom gehören? Wird die kongolesische Bevölkerung profitieren?

Die politische Entwicklung des Landes ist entscheidend

Wer letztendlich in welcher Weise vom Inga-Projekt profitieren wird, ist derzeit kaum abzusehen und hängt sehr stark von den politischen Rahmenbedingungen in der DRK ab. Viele Entscheidungen scheinen noch nicht getroffen worden zu sein oder sie wurden so ausgehandelt, dass die Öffentlichkeit nichts davon erfährt. Zudem scheint sich der Machtkampf innerhalb der Übergangsregierung und der Bürokratie der DRK auch auf dieses Projekt zu erstrecken.

Technische Daten von Inga I und II		
	Inga I	Inga II
Produktionsbeginn	1972	1982
Höhe des Staudammes	50	58
Wasserdurchfluss (m /s):	780	2.200
Zahl der Turbinen	6	8
Gesamtkapazität (MW)	351	1.424
Erwartete Jahresproduktion (GWh/Jahr)	2.400	10.400
QUELLE: SNEL 1999, S. 12		
Technische Daten von Inga III		
Baubeginn	?	
Höhe des Staudammes	60	
Wasserdurchfluss (m /s):	2.420	
Zahl der Turbinen	7 – weitere 9 möglich	
Gesamtkapazität (MW)	1.344–3.500 oder 4.500(1)	
Erwartete Jahresproduktion (GWh/Jahr)	9.900	
Quelle: SNEL 1999, S. 12 / für (1): NEPAD 2003c, S. 10)		
Technische Daten von Grand Inga		
Baubeginn	?	
Höhe des Staudammes	150	
Wasserdurchfluss (m /s):	26.400	
Zahl der Turbinen	52	
Gesamtkapazität	39.000	
Erwartete Jahresproduktion (GWh/Jahr)	288.000	
QUELLE: SNEL 1999, S. 12		

Mögliche Entwicklungen und deren Folgen

Ende der neunziger Jahre formierte sich aus Gegnern und Befürwortern des Baus von Staudämmen eine gemeinsame »Weltkommission für Staudämme« (World Commission on Dams – WCD), die im Jahre 2000 nach jahrelangen Diskussionen und Studien einen umfangreichen Abschlussbericht sowie zahlreiche ergänzende Berichte zu Spezialgebieten abliefern.



Dort wird festgehalten, dass Staudämme in der Tat einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung leisten. Einige waren zudem schneller fertig und preiswerter als kalkuliert oder erzeugten mehr Strom als geplant. Doch häufig traten Probleme auf. Die World Commission on Dams hat daraufhin fünf Kriterien entwickelt, die sie als grundlegend für die Bewertung des Baus von Staudämmen ansieht, wie er in der DRK geplant ist:

- Gerechtigkeit,
- Effizienz,
- Partizipative Entscheidungsfindung,
- Nachhaltigkeit und
- Rechenschaftspflicht (WCD).

Wie diese Kriterien umgesetzt werden sollen, wurde von der Kommission bis in Details erarbeitet. Um diese Umsetzung zu gewährleisten müssen politische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Der Aufbau eines solchen Rahmens erscheint unter dem derzeitigen politischen Umfeld in der DRK allerdings kaum umsetzbar. Vor diesem Hintergrund sind Prognosen über den weiteren Verlauf des Inga-Projektes zur Zeit nicht möglich. Es zeichnen sich allenfalls mögliche Szenarien ab:

- Bricht der Friedensprozess zusammen, werden keine großen Investitionen fließen.
- Bei einer Privatisierung der Inga-Staudämme ist zu vermuten, dass die Gewinne ins Ausland fließen und nicht der kongolesischen Bevölkerung oder der Regierung der DRK zugute kommen.
- Eine weitere Möglichkeit ist die Finanzierung durch die kongolesische Regierung über Kredite. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass die DRK nach dem Ausbau auf den Verkauf des Stromes an den südafrikanischen Strommonopolisten »Eskom« angewiesen ist, der mittlerweile den afrikanischen Strommarkt zum größten Teil be-

Land	Bevölkerungszahl (Millionen)	Zugang %
Angola	13.1	12.0
Botswana	1.7	29.0
D.R Congo	50.9	6.7
Lesotho	2.0	5.0
Madagascar	15.5	8.0
Malawi	11.1	5.0
Mauritius	1.2	100.0
Mosambik	17.6	8.0
Namibia	1.7	27.0
Sambia	10.2	20.0
Simbabwe	12.1	40.0
Südafrika	42.3	66.1
Swaziland	1.1	21.0
Tansania	33.7	10.5
Durchschnitt	22.8	

QUELLE: GNESD 2004, S. 3

herrscht. Die Bevölkerung der DRK hätte wieder das Nachsehen.

- Andererseits könnte der massive Ausbau der Stromproduktion für den inländischen Verbrauch sowie die Einnahmen aus dem Energieexport mithelfen, die ökonomischen Rahmenbedingungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Wie die Entwicklung weitergeht bleibt abzuwarten.

Die Studie ist auf der SÜDWIND-Homepage abrufbar und wird auch in die französische Sprache übersetzt.

Friedel Hütz-Adams / Sarah Gecks

Land	Kapazität therm. Kraftwerke MW 2000	Kapazität Wasserkraftwerke MW 2000	Potential der Wasserkraft MW 1994	Gesamte Stromprod. GWh 2000
Lesotho	2*	3*	450	12*
Swaziland	87	44	600	362
Botswana	217	–	–	500
Malawi	25	283	900	825
Namibia	147*	240*	120	873*
Mauritius	306	54*	59	1.285
Angola	296	290	16.000	1.404
Tansania	243	377	6.000	2.743
DRK	33	2.440	100.000	5.482
Simbabwe	1.056	670	13.300	6.739
Mosambik	208	2.180	12.500	7.125
Sambia	1.211	1.670	21.400	7.717
Südafrika	37.307	668	3.500	196.167
Gesamt				231.234
*1996 Daten				

QUELLE: GNESD 2004, S. 7

Neues Papier:

60 JAHRE NACH DER BRETTON WOODS-KONFERENZ

Gründung, Ziele, Macht und Reformbedarf bei IWF und Weltbank

Vor 60 Jahren trafen sich im abgelegenen Bergort Bretton Woods (New Hampshire) rund 800 Ökonomen und Politiker aus 44 Nationen. Zwischen dem 1. und 22. Juli 1944 beschlossen sie die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Diese beiden Institutionen, deren ursprüngliches Ziel der Schutz von schwachen Staaten in Finanzkrisen und die Hilfe mit günstigen Krediten beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg war, bestimmen mittlerweile weite Teile der Wirtschaftspolitik in nahezu allen Schwellen- und Entwicklungsländern.

Maßgeblich für die Vorgaben der beiden Institutionen sind die Vorstellungen der führenden Industrieländer. Diese haben die Abstimmungsmodalitäten in den Führungsgremien so gestaltet, dass sie ihre Vorstellungen immer durchsetzen können.

Wie es dazu kam beschreibt ein Hintergrundpapier von SÜDWIND, das auf 24 Seiten in fünf Kapiteln die Entwicklung erläutert, die Politik von IWF und Weltbank kritisiert und Reformvorschläge macht:

1. Gründungsgeschichte und ursprüngliche Aufgaben der Institutionen
2. Der Ausbau der Macht

3. Derzeitige wirtschaftspolitische Leitsätze und interne Machtverhältnisse
4. Beispiel Handel: IWF und Weltbank bestimmen die Politik armer Länder
5. Reform der Institutionen

Das Hintergrundpapier finden Sie unter <http://www.suedwind-institut.de>

Gute Resonanz

Das Hintergrundpapier wurde von SÜDWIND nicht als Broschüre gedruckt. Auf Anfrage wurden Kopien des Textes verschickt, doch in der Regel sollten sich die InteressentInnen den Text selbst von der SÜDWIND-Homepage herunterladen. Dies war relativ erfolgreich. Nach den uns vorliegenden Statistiken klickten zwischen Juli und September 2004 mehr als 400 Besucher der Homepage den Text an.

Unterstützt wurde die Verbreitung des Textes noch dadurch, dass einige Organisationen einen Link auf den Text legten. SÜDWIND wird ein ähnliches Modell in Zukunft bei weiteren Texten testen, da so erhebliche Kosten für den Grafiker und den Druck eingespart werden können.

Friedel Hütz-Adams

DIVERSES IN KÜRZE

Didaktisches Material: »Kampagne für saubere Kleidung« in den KonfirmandInnenunterricht

In Zusammenarbeit mit dem Gemeindedienst für Mission und Ökumene – Region Niederrhein – beginnen wir in der nächsten Zeit mit der Erstellung von Unterrichtsmaterial zur »Kampagne für ‚saubere‘ Kleidung«, speziell für den KonfirmandInnenunterricht. Anhand der Kampagne und somit der Problematik, der sie sich widmet, als auch der von ihr durchgeführten Aktivitäten und Aktionen, soll den Jugendlichen deutlich wer-

den, was Globalisierung ist und wie sie sich in den verschiedenen Kontexten auswirkt.

Es ist bekanntermaßen momentan nicht einfach, die Aufmerksamkeit von Jugendlichen auf politische Themen zu lenken. Deshalb legen wir Wert auf viele spielerische, kreative Elemente. Dabei soll für sie der Zusammenhang zwischen unserem Leben hier und dem der TextilarbeiterInnen in der sogenannten »Dritten Welt« bzw. in Schwellenländern erfahrbar werden.

Wir gehen davon aus, dass das Material innerhalb der ersten Hälfte des nächsten Jahres fertig gestellt und zum Verkauf vorliegen wird.

Karin Wieder

Buchveröffentlichung: Geld und Gewissen

In gemeinsamer Herausgeberschaft veröffentlichen die Zeitschrift Publik Forum und der Frankfurter Rundschau Ende Oktober das Buch »Geld und Gewissen – tue Gutes und verdiene dabei«. Die beiden Autoren Wolfgang Kessler und Antje Schneeweiß schreiben darin unter anderem über die »neue Sparbarkeit« nach dem Börsenboom, über das Verhältnis kirchlicher Finanzdirektoren zu sozial verantwortlichen Geldanlagen und Alternativen zum Euro. Außerdem enthält das Buch einen Kompass zu ethischen Geldanlagen, in dem von der Riesterreite bis zum Indexfonds zahlreiche Möglichkeiten einer sozial verantwortlichen Geldanlage beschrieben werden.



Preis: 12,90 EURO, Bezug über SÜDWIND (siehe Bestellliste auf der letzten Seite)

Workshop: Investing in Human Development

Der Fachbereich sozialverantwortliche Geldanlagen organisiert am 25.– 27. Oktober 2004 den Workshop »Investing in Human Development«. Ziel dieser Tagung ist es, entwicklungspolitische Kriterien in den Ratingsystemen für die Ethik- und Umweltfonds zu stärken und die Kommunikation zwischen Nichtregierungsorganisationen aus dem Süden und Ethik-Analysten aus dem Norden zu verbessern. An den drei Tagen werden 10 Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften aus dem Süden und zehn Ethik-Analysten von europäischen Ratingagenturen und Banken sowie Vertreter von Entwicklungsorganisationen Kriterien entwickeln, mit Hilfe derer die multinationalen Unternehmen auf ihre Entwicklungsverträglichkeit hin überprüft werden können.

Französische Fassung des Dekade-Heftes »Kongo: Handys, Gold und Diamanten« erschienen

Anfang 2005 haben wir das Dekade-Heft über die Entwicklungen in der Demokratischen Republik Kongo an einigen Stellen aktualisiert und dann ins Französische übersetzen lassen. Die Broschüre wurde in einer Auflage von 2000 Stück gedruckt. Ein großer Teil der Auflage ist mittlerweile in der DRK durch die Auftraggeber der Übersetzung, den EED, die Ev. Kirche im Rheinland sowie die Vereinte Evangelische Mission in Umlauf gebracht worden.

In einer erstmaligen Kooperation zwischen der attac-Gruppe in Köln und dem Institut SÜDWIND haben wir am 17.09.2004 eine Podiumsdiskussion im Domforum veranstaltet, das unter dem Motto »Steuerflucht, Sozialabbau, Umverteilung, Privatisierung – Die weltweiten Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik« stand. Ziel war es, deutlich zu machen, dass viele der sozialen Einschnitte, die uns gegenwärtig in Deutschland ins Haus stehen, in vielen Ländern des Südens mit teilweise dramatischen Auswirkungen seit vielen Jahren bittere Realität sind. Gleichzeitig sind diese Einschnitte aber hier wie dort Teil eines sich weltweit immer rasanter ausbreitenden Systems, das auch hierzulande die Gewinne der Globalisierung und Produktivitätszuwächse nicht gleichmäßig verteilt. Argentinien als Beispielland für die Entwicklungen im Süden und Deutschland kamen sich so an diesem Abend auf beunruhigende Weise sehr nahe. Für die Veranstaltung haben sich im Domforum etwa 40 interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer eingefunden und zu einer lebhaften Diskussion beigetragen.

Aktionswoche von »Gerechtigkeit jetzt!«

Nach der erfolgreichen Aktion zur Europawahl geht die Handelskampagne »Gerechtigkeit jetzt!« weiter. Im Frühjahr 2005, vom 9.–16. April, soll eine internationale Aktionswoche für globale Gerechtigkeit stattfinden.

Auf einem internationalen Treffen von handelspolitisch Aktiven aus 50 Ländern wurde im November 2003 in Neu Delhi die Idee einer »peoples week of global action« für das Frühjahr 2005 entwickelt. Aus Deutschland war »Gerechtigkeit jetzt! – Die Welthandelskampagne« an diesem Prozess beteiligt und möchte nun gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen und Bewegungen auch hierzulande möglichst viele Menschen mobilisieren, für eine andere Außenwirtschaftspolitik Deutschlands und Europas einzutreten.

Details finden Sie unter: <http://www.gerechtigkeit-jetzt.de/>

Bald neue Dekade-Bände

Im Januar 2005 sollen erscheinen:

- Kamerun: Zivilgesellschaftliche Beteiligung am Armutsbekämpfungsprogramm
- Frauenarbeit in Freien Exportzonen und Sweatshops – Globale Sozialverantwortung von Unternehmen. Fallbeispiele aus der Bekleidungs- und Sportschuhindustrie in Indonesien, China und Sri Lanka

Rezensionen

DZI Spenden-Almanach 2003/04

Der DZI Spenden-Almanach 2003/4 hat das Ziel, den SpenderInnen eine Orientierungs- und Entscheidungshilfe zu geben in der Frage, wem sie Geld oder Sachmittel spenden sollen. Die Broschüre stellt 176 Spenden sammelnde Organisationen vor, die alle vom DZI geprüft wurden und das DZI Spenden-Siegel tragen.

Über die Darstellung der Organisationen hinaus – auch viele andere Organisationen bekommen Spenden und gehen mit diesen gut um – bietet der Almanach weitere Hinweise, wie mit Spenden umgegangen werden könnte. Es gibt Tipps zu Haustür- bzw. Straßenwerbung, zu Patenschaften, Sachspenden, Altkleidersammlungen, Verkauf von Blinden- und Behindertenwaren, Telefonwerbung etc. Das praxisnahe Heft bietet so einen guten Leitfaden bei der Entscheidungsfindung!

Kostenlose Ansichtsexemplare liegen unter anderem allen bundesweit rund in 250 Beratungsstellen der Verbraucherzentralen aus.

Der DZI Spenden-Almanach ist zum Preis von 9,80 Euro (zuzüglich Versandkosten) erhältlich beim Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, E-Mail: sozialinfo@dzi.de, Fax: 030-831 4750.

UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2004: Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt

Der neue UNDP-Bericht setzt sich mit dem Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und kultureller Freiheit auseinander. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Frage, wie in den Staaten und Gesellschaften mit Minderheitengruppen umgegangen wird. Neben einer Beschreibung von Formen der Ausgrenzung aufgrund kultureller Besonderheiten geht der Band auch detailliert auf progressive multikulturelle Ansätze ein. Dabei geht es um Themen wie Machtteilung, Sprachenpolitik, Rechtpluralismus und Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung.

Wie in der Vorjahre schließt auch dieser Bericht mit mehr als 100 Seiten statistischem Material über eine Vielzahl von Bereichen, die entscheidend für die Lebensqualität der Menschen sind.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen – UNDP (Hrsg.): Bericht über die menschliche Entwicklung 2002 – Kulturelle Freiheit in unserer Welt, Bonn 2004, 318 Seiten

Bezug: UNO-Verlag, Am Hofgarten 10, 53113 Bonn, Tel.: 0228-94902-0, Fax: 0228-94902-22, E-mail: info@uno-verlag.de, Homepage: www.uno-verlag.de

Tagung mit SÜDWIND-Beteiligung verfasst Aufruf:

WIRTSCHAFT(EN) IM DIENST DES LEBENS

Die Evangelische Gemeinde zu Düren im Kirchenkreis Jülich der EKIR führte vom 17.–19. September 2004 im Rahmen eines Partnerschaftsbesuches aus Paraguay ein Seminar zum ökumenischen Prozess für gerechte Globalisierung durch. Das Seminar mit dem Titel »Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens – Biblische und Ökonomische Perspektiven angesichts der Globalisierung« fand in Kooperation mit dem Gemeindedienst für Mission und Ökumene – Region Niederrhein statt.

Seit nunmehr fast zehn Jahren unterhält die Gemeinde zu Düren eine Partnerschaft mit der Evangelischen Kirche am Rio de la Plata, die nicht nur Paraguay, sondern auch Argentinien und Uruguay umfasst. Die Dürener Partnerschaft bezieht sich hauptsächlich auf den Distrikt Paraguay. Neben der Unterstützung von Projekten im Gesundheits- und landwirtschaftlichen Bereich, sind das gemeinsame Nachdenken über Fragen des Glaubens und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit ein wichtiger Aspekt der Partnerschaft.

Paraguayer berichteten

Auf dem Seminar berichteten die Gäste aus Paraguay über die negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung am Beispiel der Landlosen und der Gesundheitsvorsorge in Paraguay. Auch SÜDWIND war an dem Seminar beteiligt. Friedel Hütz-Adams führte in seinem Referat in die ökonomischen Hintergründe und Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung ein. Wilson Budde-Iser bereitete das Seminar gemeinsam mit Pfr. Dirk Siedler aus Düren vor. Die ehemalige SÜDWIND-Praktikantin Alexandra Helbing leistete wichtige Übersetzungsdienste.

Am Ende des Seminars wurde ein »Aufruf zum Bund für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit« verabschiedet. Der Aufruf ist angelehnt an die Erklärung »Die Kirchen erheben ihre Stimme« des lateinamerikanischen Kirchenrates vom Januar 2002 und an die Erklärung des Reformierten Weltbundes zum »Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit« von Accra im August 2004.

Die Unterzeichner/innen der Erklärung von Düren »..fordern die Presbyterien ihrer Gemeinden und ihre Synoden auf, sich der Erklärung anzuschließen oder zumindest einen Diskussionsprozess in ihren Gemeinden, Synoden und anderen Gremien anzuregen mit dem Ziel gemeinsam verpflichtenden Handelns gegen die globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Ungerechtigkeit.«

Das Presbyterium der Gemeinde zu Düren hat den Aufruf aufgenommen. In dem Presbyteriumsbeschluss vom 28.09.04

heißt es: »Der Text soll Grundlage für eine gemeindliche Diskussion sein mit dem Ziel, eine Position zur Beratung auf der Kreissynode und weiterführend auf der Landessynode 2006 zu erarbeiten. Der Kreissynodalvorstand wird gebeten, die Fragen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gerechtigkeit zum Hauptthema der Sondersynode im kommenden Jahr zu bestimmen und die Evangelische Gemeinde zu Düren mit der Vorbereitung zu beauftragen.«

Wilson Budde-Iser

Aufruf zum Bund für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit

Christinnen und Christen unserer Partnerkirche, der Iglesia Evangélica del Río de la Plata (Distrikt Paraguay) und der Evangelischen Gemeinde zu Düren und ihre Gäste haben im September 2004 über die Folgen des Neoliberalismus und über biblische Visionen eines alternativen Lebens in Solidarität aller Menschen in Gottes Schöpfung beraten.

Wir fordern unsere Gemeinden und Kirchen auf, sich an dem verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis und des Bekennens in Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit und der Umweltzerstörung zu beteiligen.

In unserem Seminar haben uns unsere Gäste von den Erfahrungen jener Krise berichtet, in welche der Neoliberalismus Millionen von Menschen in der Schöpfung Gottes führt.

Außerdem haben wir von Menschen in unserem reichen Land gehört, die unter dem Neoliberalismus leiden, der – wenn auch auf höherem Niveau – ebenfalls in Deutschland angekommen ist.

Darum fühlen sich Christen in Paraguay und Deutschland vereint in der Überzeugung, Veränderungen daran zu messen, ob sie allen Menschen ermöglichen, an der Fülle des Lebens innerhalb von Gottes Schöpfung teilzuhaben.

Mit Sorge sehen wir die »Zeichen der Zeit«:

- die undemokratische Herrschaft und die Ausgrenzung, die sich reiche Staaten durch die internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank) und der Welthandelsorganisation (WTO) sichern;
- den Trend zur Militarisierung als Strategie zur Sicherung globaler Märkte;
- die Schwächung nationaler Regierungen;
- die undemokratische Ausbeutung der Naturressourcen unserer Erde.

Deshalb verpflichten wir uns vor Gott und einander zur Treue gegenüber dem Bund Gottes.

Wir glauben an Gott und daran, dass er Herr ist über die ganze Schöpfung.

Deshalb verwerfen wir das gegenwärtige neoliberale Modell und jede andere Ordnung, die den Bund Gottes untergräbt.

Wir glauben, dass Gott einen Bund mit der ganzen Schöpfung eingegangen ist. Er gibt uns eine Option für die Armen und seine Schöpfung.

Deshalb sind wir gegen die Kultur des Konsums ohne Grenzen und gegen den Egoismus.

Wir glauben, dass Gott uns aufruft, die Schreie der Armen zu hören.

Deshalb sind wir gegen jede Theorie und Praxis innerhalb der Kirche, die die Armen und die Bewahrung der Schöpfung in ihrer Arbeit nicht berücksichtigt.

Wir verpflichten uns, einen globalen Bund für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit in der Schöpfung Gottes anzustreben.

In Demut bekennen wir, dass auch wir Schuld tragen, da wir vom Neoliberalismus profitieren und dass wir gefangen sind in den gegenwärtigen Konsumpraktiken.

Dies führt uns zusammen, um für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit zu arbeiten, sowohl im globalen Kontext, als auch in unserem regionalen und globalen Umfeld. Dazu gehören:

- die Beteiligung an sozialen Bewegungen gegen das immer ausgeprägtere Konsumdenken;
- die Überprüfung der Finanzgeschäfte inner- und außerhalb der eigenen Gemeinden und Kirchen;
- Solidarisierung der Gemeinden und Kirchen mit denen, die von der »Fülle des Lebens« systematisch ausgeschlossen werden, wie Kleinbauern, Flüchtlinge, die indigene Bevölkerung und Obdachlose.

Die Unterzeichner/innen dieser Erklärung fordern die Presbyterien ihrer Gemeinden und ihre Synode auf, sich dieser Erklärung anzuschließen oder zumindest einen Diskussionsprozess in ihren Gemeinden, Synoden und anderen Gremien anzuregen mit dem Ziel gemeinsam verpflichtenden Handelns gegen die globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Ungerechtigkeit.

Düren, den 28. September 2004

AUS DEM BÜRO

24. April 2004, Gemeindesaal der Kreuzkirche in Köln:

SÜDWIND-Mitgliederversammlung 2004

Im formellen Teil der Mitgliederversammlung wurde der »Jahres- und Geschäftsbericht 2003« diskutiert. Neben einer Reihe von weiteren Nachfragen und Anregungen wurde die neue Edition zur ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt positiv aufgenommen.

Der »Finanzbericht für das Rechnungsjahr 2003« sowie der Bericht der Kassenprüfer wurden diskutiert. Erfreut wurde zur Kenntnis genommen, dass die Rücklagen im Jahr 2003 ausgebaut werden konnten. Nach dem Bericht der Kassenprüfer wurde der Vorstand entlastet und anschließend der Haushalt für 2004 beschlossen.



Durch das Ausscheiden von Ulrich Suppus aus dem Vorstand musste dieser umstrukturiert werden. Neuer erster Vorsitzender ist Wilson Budde-Iser. Zu seiner Stellvertreterin wurde Ulrike Chini gewählt. Zudem kandidierte Erika Stückrath für den Vorstand und wurde einstimmig gewählt (**siehe rechts stehende Liste des Vorstands**).

Vorstand und Mitglieder dankt Ulrich Suppus für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit und wünscht ihm viel Erfolg in seinem neuen Arbeitsbereich.

Satzungsänderung

Der Schatzmeister Dr. Dieter Manecke regte eine Satzungsänderung an. Die vorgeschlagene Erweiterung des Vereinszweckes berücksichtigt die tatsächliche Arbeit von SÜDWIND und bringt den Mitgliedern eine höhere steuerliche Absetzbarkeit von Spenden.



Paragraph 2 lautet nun in der neuen Fassung:

§ 2 Zweck, Aufgaben, Gemeinnützigkeit

1. Zweck des Vereins ist die Förderung internationaler Gerechtigkeit im Sinne der Völkerverständigung **und von wissenschaftlichen Untersuchungen, Publikationen und Tagungen zu weltwirtschaftlichen Themen.**

Die Mitgliederversammlung beschloss diese Satzungsänderung einstimmig.

Arbeitsgruppen gaben viele Anregungen

Nach dem Ende des formellen Teils der Mitgliederversammlung stellten die Mitarbeitenden des Vereins in Arbeitsgruppen ihre derzeitigen Arbeitsschwerpunkte vor. Die Diskussionen innerhalb der Gruppen führten zu vielen Anregungen für die weitere Arbeit.

Friedel Hütz-Adams

Der SÜDWIND-Vorstand

1. Vorsitzender: Wilson Budde-Iser

Referent für entwicklungspolitische Bildungsarbeit beim Gemeindedienst für Mission und Ökumene Niederrhein, Regionalkoordinator Niederrhein für erlassjahr.de, Email: budde-iser@oikoumene.de, Homepage des Arbeitgebers: www.oikoumene.de

2. Vorsitzende: Ulrike Chini

Geschäftsführerin des Westdeutschen Förderkreises von Oikocredit,

Email: oikocredit.bonn@t-online.de, Homepage ihres Arbeitgebers: www.oikocredit.org.de

Schatzmeister: Dr. Dieter Manecke

Theologe em. Email dieter@manecke.de, Tel.: 02233 - 65325, Fax: 02233 - 685136, Höninger Weg 20, 50354 Hürth

Sr. Klarissa Watermann

Ordensschwester bei den Dominikanerinnen von Bethanien in Schwalmatal-Waldniel, E-mail Sr.Klarissa-Watermann@dominikanerinnen-von-bethanien.org, Homepage: www.Dominikanerinnenvon-Bethanien.de

Stephan Schmidlein

StudentInnenpfarrer bei der Evangelischen StudentInnen-gemeinde in Köln,

Email: stephan.schmidlein@uni-koeln.de

Erika Stückrath

Bildungsreferentin beim Welthaus Bielefeld, Sten-nerstr. 44 c, 33613 Bielefeld, ej.stueckrath@t-online.de



Neu im SÜDWIND-Vorstand:
Erika Stückrath

Vom Gründungsimpuls zum Geschäftsführer



Ulrich Suppus

Als ich vor etlichen Jahren bei der von Jörg Baumgarten begonnenen Initiative zur Einrichtung eines Ökonomieinstitutes im Rheinland mitarbeitete, habe ich mir natürlich nicht träumen lassen, in diesem Institut einmal die Geschäftsleitung zu übernehmen. Nun ist aus dem kleinen

Pflänzchen SÜDWIND inzwischen ein Institut mit einigen Erfolgen durch unsere Beiträge zur entwicklungspolitischen Diskussion und Bildungsarbeit geworden. In den Jahren des Aufbaus habe ich dem Vorstand angehört und die Arbeit so auf der ehrenamtlichen Seite begleitet. Da ich den INFO-LeserInnen in dieser Funktion seit langem bekannt sein dürfte, verzichte ich daher auf eine weitere Vorstellung meinerseits.

Seit Mai lerne ich die Innensichtweise von SÜDWIND, die tägliche Arbeit im Büro und das vielfältige Engagement meiner KollegInnen quasi von einer anderen Seite kennen. Ich stelle fest: Alle arbeiten mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung, getrieben von der Erkenntnis, dass unser wirtschaftliches Handeln hier in Deutschland die Globalisierung, den Weltmarkt und die ungerechte Verteilung von Reichtum mit beeinflusst, also auch veränderbar ist.

Als Geschäftsführer sehe ich meine vordringlichste Aufgabe, neben den Koordinierungsaufgaben im Büro und bei den Arbeitsabläufen im Institut, SÜDWIND als Serviceeinrichtung für ökonomische Fragen im ökumenischen Horizont weiter zu profilieren. Das heißt, wir müssen noch bekannter werden, nicht nur im Rheinland und Westfalen, sondern darüber hinaus in der gesamten Republik und Europa.

Unsere weltweiten Verbindungen z.B. durch die jahrelange Arbeit in der Schuldenproblematik, die Arbeit zu Sozialstandards in der Textilindustrie und zu sozialverträglichen Geldanlagen und unsere Arbeiten zur strukturellen Gewalt als Beiträge zur Dekade zur Überwindung von Gewalt zeigen, wie wichtig unser Ansatz der »Option für die Armen« ist.

In den letzten Wochen ist mir noch deutlicher geworden, dass wir alle Kraft, Phantasie und Kreativität aufbringen müssen, unsere zukünftige Arbeit finanziell abzusichern. Ich werde versuchen, durch Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, Erschließung neuer Finanzquellen bei Stiftungen und weiteren Geldgebern mit dazu beizutragen, dass es SÜDWIND auch noch weiterhin gibt.

Ich bitte dabei um Ihre Mithilfe durch Rat, Tat und nicht zuletzt durch finanzielle Unterstützung.

Ulrich Suppus

SÜDWIND wirbt: Homepage, Faltblatt, Musterartikel

Bitte legen Sie unser Faltblatt aus



Die Faltblätter lassen sich für viele Zwecke nutzen. So können sie in Eine-Welt-Läden, Pfarrheimen, Kirchen, öffentlichen Gebäuden etc. ausgelegt werden, man kann sie mit der Post verschicken

Wer dieses Faltblatt zur Mitgliederwerbung nutzen möchten, kann eine beliebig große Anzahl bestellen (Bestellung: Siehe Publikationsliste auf der letzten Seite).

SÜDWIND-Infos und Jahrsberichte

Wir drucken sowohl von den SÜDWIND-Infos als auch von den Jahrsberichten einige hundert mehr als wir für den direkten Versand benötigen. Diese werden dann zu Werbezwecken bei Veranstaltungen verteilt oder Versendungen beigelegt. Wenn Sie die Möglichkeit haben, gezielt SÜDWIND-Infos oder auch noch besser Jahrsberichte weiterzugeben, können Sie diese in begrenzter Anzahl im SÜDWIND-Büro kostenlos beziehen (Bestellung: Siehe Publikationsliste auf der letzten Seite).

Homepage

Die SÜDWIND-Homepage wird immer wieder aktualisiert. (www.suedwind-institut.de). Diese Homepage wurde in den letzten Monaten um einen eigenen Teil über die »Dekade zur Überwindung von Gewalt« wesentlich erweitert.

Falls Sie privat oder an Ihrer Arbeitsstelle selbst über eine Homepage verfügen, wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie von Ihrer Homepage aus einen Link zu unserer Homepage legen würden.



Musterartikel

Das SÜDWIND-Büro kann Ihnen Artikel in verschiedener Länge zur Verfügung stellen. Diese können Sie in Ihnen zugänglichen Rundschreiben / Zeitschriften veröffentlichen. Die Artikel enden mit der Bitte, Mitglied zu werden.

Eine Auswahl der Musterartikel finden Sie auf unserer Homepage (www.suedwind-institut.de) in der Rubrik »Service« unter »Musterpresseerklärungen«. Sie können dort die Artikel herunterladen oder diese auf Diskette sowie als Ausdruck im SÜDWIND-Büro anfordern.

Falls Sie nur wenig Platz haben: Schon der Abdruck unseres Logos kombiniert mit der Angabe unserer Homepage-Adresse wäre eine wichtige Werbung für SÜDWIND.

.....
Achtung:
Am 5.3.2005 findet
die nächste Mitgliederversammlung
im DOMFORUM in Köln statt.
.....

Folien und Power-Point-Präsentation zur Vorstellung von SÜDWIND

Wer SÜDWIND in Gruppen und Organisationen vorstellen will, hat immer wieder das Problem: Wo fange ich eigentlich an? Wer möchte, kann Folien für Overhead-Projektoren sowie eine Power-Point-Präsentation beziehen, die Vorträge erleichtern soll.

Wer Interesse hat: Bitte melden bei Friedel Hütz-Adams, Tel: 02241-259 735, Email huetz-adams@suedwind-institut.de.

»Schnuppermitgliedschaft«: Verschenken Sie Mitgliedschaften

Wollten Sie vielleicht immer schon mal jemanden für SÜDWIND interessieren? Um das Verschenken der Mitgliedschaft zu erleichtern, bieten wir die befristete »Schnuppermitgliedschaft« an: Die Mitgliedschaft hätte einen vorläufigen Status und ist auf ein Jahr beschränkt. Ihr Geschenk würde Sie damit einen Jahresbeitrag von 70 EURO kosten.

Am Ende des Jahres werden wir die Schnuppermitglieder anschreiben und fragen, ob sie dauerhaftes Mitglied werden wollen.

SONDERANGEBOT:

Die folgenden 5 Broschüren sind Teil eines Sonderangebotes:

11. »Arme Reiche Christen«, Materialien für vier Bibelabende, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne Zimmermann und Stephan Schmidlein, Materialien 1, 3. überarb. Aufl. 1996 (5 Euro)
22. »Die Kirche und ihr Geld – Vom Geld begeistert – Vom Geist bewegt?«, Eine Handreichung, von Jörg Baumgarten, Karin Ritter, Stephan Schmidlein und Dirk Wolter, Materialien 2, 2. Aufl. 1994, 90 Seiten (5 Euro)
25. »Bürsten gegen den Strich: Frauen im Reinigungsgewerbe – Ländervergleich Deutschland Südafrika – Namibia / Handlungsalternativen«, von Ingeborg Wick, SÜDWIND-texte 4, 1994, 170 Seiten (3 Euro)
- 59 »Die Armutsbekämpfung durch die Gläubiger. Erfahrungsberichte aus 11 Ländern«, SÜDWIND-texte, 13, 2001 (5 Euro)
- 65 »International und katastrophal. Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB«, Sieburg 2004, DIN, A4, 72 Seiten (5,00 EURO)

3 Stück davon kosten: 7,50 Euro (plus 2,50 Euro Versandkostenpauschale)

ALLE 5 kosten: 10,00 Euro (plus 2,50 Euro Versandkostenpauschale)

Antrag auf Mitgliedschaft bei SÜDWIND e.V.

Bitte ausfüllen, unterschreiben, einfach an der Falzmarke falzen, in einen Fensterumschlag stecken, und ab geht die Post!



An den
Vorstand von SÜDWIND e.V.
Lindenstraße 58-60

53721 Siegburg

Ich/ wir beantrage(n) hiermit die Aufnahme in den Verein SÜDWIND e.V. als Träger des Instituts für Ökonomie und Ökumene.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Kalenderjahr z.Zt. für **Einzelpersonen** mindestens € 70,-; Auszubildende, StudentInnen, Zivil- oder Wehrdienstleistende, Arbeitslose, RentnerInnen oder nicht verdienende EhepartnerInnen erhalten auf Antrag Ermäßigung) und für **Institutionen** mindestens € 250,-. Der Mitgliedsbeitrag ist steuerabzugsfähig.

Vor- und Zuname(n) bzw. Name der Organisation/Gruppe:

Adresse:

Telefon:

Ort/Datum:

Unterschrift:

- Ich erteile SÜDWIND e.V. nebenstehende Einzugsermächtigung.
- Ich richte bei meiner Bank einen Dauerauftrag ein. (Bitte warten Sie die Mitteilung von SÜDWIND e.V. ab.)
- Ich überweise in den nächsten Tagen. (Bitte vollständige Anschrift auf der Überweisung angeben.)

Zutreffendes bitte ankreuzen!

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich SÜDWIND e.V. bis auf Widerruf, meinen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen.

Den **Gesamtbetrag** von € möchte ich

jährlich

Zutreffendes bitte ankreuzen!

in zwei halbjährlichen Raten

abbuchen lassen – und zwar ab:

von meinem Konto beim

Geldinstitut:

Bankleitzahl:

Konto-Nr.:

Wenn das Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstituts, die Lastschrift auszuführen.

Ort/Datum:

Unterschrift:

Konto-Nr. des SÜDWIND e.V.: 8 140 000
bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00



Hiermit bestelle ich / bestellen wir:

- ❶ SÜDWIND-Faltblatt (kostenlos) Expl.:
- ❷ Infopaket: Faltblatt SÜDWIND/Satzung SÜDWIND/
Selbstvorstellung (alle kostenlos) Expl.:
- ❸ SÜDWIND-Jahresbericht, akt. Ausg. (kostenlos) . . Expl.:
- ❺ SÜDWIND-Info, aktuelle Ausgabe (kostenlos) . . . Expl.:
- ❶❶ »Arme Reiche Christen«. Materialien für vier Bibelabende, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne Zimmermann und Stephan Schmidlein, *Materialien 1*, 3. überarb. Aufl. 1996 (5 €) Expl.:
- ❶❷ »Kleider machen Beute – Deutsche Altkleider vernichten afrikanische Arbeitsplätze«, von Friedel Hütz-Adams, *SÜDWIND-texte 5*, 3. Aufl. 1998, (7,50 €) Expl.:
- ❶❸ »Altkleider auf Abwegen. Kommunale Agenda 21 und Altkleidersammlungen – Ein Leitfaden«, 1997 (3 €, ab 10 Expl. 2 €) Expl.:
- ❶❹ »Schulden dürfen das Überleben nicht gefährden. Kirchliche Texte zur internationalen Schuldenkrise«, *SÜDWIND-texte 7*, 1998 (3 €, ab 10 Expl. 2 €) . . Expl.:
- ❶❺ »Das Kreuz mit dem Faden. Indonesierinnen nähern für deutsche Modemultis«, von Ingeborg Wick und »Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt«/Jakarta, *texte 11*, 2000, 152 S. (8,50 €, ab 10 Expl.: 7,50 €) Expl.:
- ❶❻ »Deutsche Großbanken entwicklungspolitisch in der Kreide? Entwicklungsverträglichkeit deutscher Bankengeschäfte am Beispiel Brasiliens und Indonesiens«, von Karin Astrid Siegmann, *SÜDWIND-texte 12*, 2000 (7,50 €) Expl.:
- ❶❼ »Workers' tool or PR ploy? – A guide to codes of international labour practice«, von Ingeborg Wick, hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung und SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene, 3. überarbeitete Auflage, 2003 (5 €) Expl.:
- ❶❽ »Die Armutsbekämpfung durch die Gläubiger – Erfahrungsberichte aus 11 Ländern«, *SÜDWIND-texte 13*, 2001 (5 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ❶❾ »Verhaltenskodizes – Werbegags oder Hebel für Beschäftigte«, von Ingeborg Wick, erschienen in : »Weltweit gegen Sozialdumping«, hrsg. von der IG-Metall, dem DGB-Bildungswerk und der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2001, Seite 25-63 (1,50 €) Expl.:
- ❶❿ »Kursbuch Ethische Geldanlage«, von Antje Schneeweiß, hrsg. vom SÜDWIND e.V., Fischer Taschenbuch Verlag, 230 S., 2002 (€ 9,90) Expl.:
- ❶❻»Warum eine Geldanlage ethisch sein kann«, Faltblatt (kostenlos) Expl.:

- ❶❻»International und katastrophal. Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB«, Siegburg 2004, DIN A4, 72 Seiten (5 €) Expl.:
- ❶❼»Perspektiven der Organisation informeller Arbeit«, von Ingeborg Wick, erschienen in: Kurswechsel, Heft 1/2003, Seite 71-77 (1,50 €) Expl.:
- ❶❽»Deuda externa: Nuevas crisis, nuevas soluciones?«, von Dr. Pedro Morazán, hrsg. von SÜDWIND e.V. und der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2003, DIN A4, 64 Seiten, (2 €) Expl.:
- ❶❾»Nadelstiche von VerbraucherInnen: Modemultis in Bewegung. Die Entwicklung von Verhaltenskodizes seit 1992«, von Ulrike Tscherner, Materialien 8, SÜDWIND e. V., Siegburg 2003, DIN A4, 28 Seiten (4 €, ab 10 Expl. 3,50 €, ab 50 Expl. 3 €) Expl.:
- ❶❺»Globales Spiel um Knopf und Kragen – Das Ende des Welttextilabkommens verschärft soziale Spaltungen«, Siegburg 2004, hrsg. von SÜDWIND e.V. und Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V., DIN A4, 68 Seiten (7 €, ab 10 Expl. 6,50 €, ab 50 Expl. 5,50 €) . Expl.:
- ❶❻»Global Game for Cuffs and Collars – The phase-out of the WTO Agreement on Textiles and Clothing aggravates social divisions«, Siegburg 2004, hrsg. von SÜDWIND e.V. und Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V., DIN A4, 68 Seiten (7 €, ab 10 Expl. 6,50 €, ab 50 Expl. 5,50 €) Expl.:
- ❶❼»Geld und Gewissen – Tu Gutes und verdiene daran«, von Wolfgang Kessler und Antje Schneeweiß, hrsg. von Publik Forum und Frankfurter Rundschau 2004, DIN A5, 192 Seiten (12,90 €) Expl.:

EDITION STRUKTURELLE GEWALT IN DEN NORD-SÜD-BEZIEHUNGEN

- ❶❻ Band 1: »Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen«, hrsg. von SÜDWIND e. V., Siegburg 2003, DIN A4, 84 Seiten (5 €, ab 5 Expl. 4,50 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
 - ❶❽ Band 2: »Kongo: Handys, Gold & Diamanten. Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung«, hrsg. von SÜDWIND e. V., Siegburg 2003, DIN A4, 72 Seiten (5 €, ab 5 Expl. 4,50 €, ab 10 Expl. 4 €) . . Expl.:
- Aktualisierte Fassung auf französisch:**
- ❶❾ »Congo: Portables, or et diamants – Financement de la guerre à l'époque de la mondialisation«, hrsg. von SÜDWIND e. V., Siegburg 2004, DIN A4, 72 Seiten (5 €, ab 5 Expl. 4,50 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
 - ❶❺ Band 3: »Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan. Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise«, hrsg. von SÜDWIND e. V., Siegburg 2003, DIN A4, 64 Seiten (5 €, ab 5 Expl. 4,50 €, ab 10 Expl. 4 €) . . Expl.:

Zuzüglich zu den Materialkosten berechnet SÜDWIND pauschal 2,50 € für den Versand – wir bitten um Ihr Verständnis.
 Benutzen Sie bitte für die Überweisung unser Konto Nr. 8 140 000 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 370 205 00).

Name.....
 Adresse.....

 Datum/Unterschrift.....

